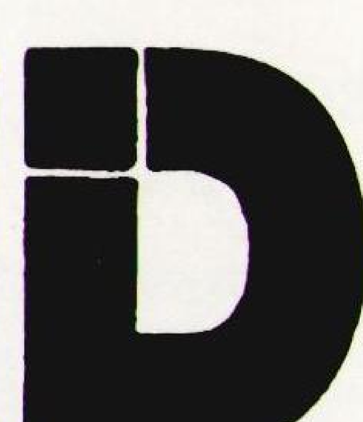
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 217 18. FEBRUAR 1978
einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

SEITE 1: **Buback-Mescalero! ID-Redakteur angeklagt** / *Richtigstellung zum WSL-Artikel im ID 216 Stammheimer Todesfälle sollen untersucht werden/Jugendhaus-Dachverband ist umgezogen/Material zur Funktion der Psychologie gesucht/TUNIX-Auswertung/Veranstaltung zur linken Opposition in Ost-Europa*

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089/2809522

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse, noch besser: die abonummer

BUBACK-MESCALERO! ID-REDAKTEUR ANGEKLAGT

FRANKFURT
16.Februar

Am 21. Februar 78 wird vorm Amtsgericht Frankfurt u.a. der bekannte und beliebte Buback-Nachruf verhandelt. Bös beschuldigt wird der für die damalige ID-Ausgabe verantwortliche Redakteur. Wenn's interessiert, so schaut doch mal rein.

Termin: 21.2.78 - 8.45 Uhr - Gerichtsgebäude A,Raum 202

RICHTIGSTELLUNG ZUM WSL-ARTIKEL IM ID 216

FRANKFURT
15. Februar

In einem Artikel „Informationen zum Schutz des Lebens WSL" (siehe ID 214) stand am Schluß der Hinweis, daß man sich zwecks weiterer Erkundigungen an die Landesaktion Umweltschutz NRW e.V. in Essen wenden solle. Von dieser „Gemeinnützigen Organisation für Umweltschutz" wurden wir nun per Einschreiben darauf hingewiesen, daß dieser Hinweis ohne ihr Wissen und Einverständnis erfolgt sei, und darum gebeten, dies zu veröffentlichen.

Informationen zum WSL (= Weltbund zum Schutz des Lebens) gibt's dagegen bei:
Uwe Penner, Postfach 170 210, 4300 Essen 17

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS SOLL STAMMHEIMER TODESFÄLLE UNTERSUCHEN

HAMBURG
15. Februar

Peter Tode, Rechtsanwalt von Werner Hoppe, schickte uns nachfolgende Pressemitteilung. Auch bis heute ist noch keine Reaktion auf die Anträge erfolgt.

„Am 18. Januar 1978 hat Herr Hoppe gemeinsam mit seinen Mitgefangenen aus dem politischen Zusammenhang der RAF, Helmut Pohl und Wolfgang Beer, schriftlich beim Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Stammheimer Todesfälle in Stuttgart beantragt, vor dem Ausschuß zu folgenden Punkten gehört zu werden:

- zu den Waffenfunden
- zur Durchsuchung der Gefangenen
- zu der Behauptung, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe hätten sich selbst getötet und Irmgard Möller hätte dies versucht.

Eine Reaktion auf diesen Antrag ist bis heute nicht erfolgt, obgleich der Verteidiger von Wolfgang Beer einen gleichlautenden Antrag gestellt hat.

Am 7.2.1978 habe ich als Verteidiger von Werner Hoppe den Antrag auf Anhörung vor dem Untersuchungsausschuß wiederholt."

JUGENDHAUSDACHVERBAND IST UMGEZOGEN

FRIEDRICHSHAFEN
15. Februar

Der Dachverband der Jugendhäuser der Region Bodensee-Allgäu-Oberschwaben hat einen Ortswechsel vollzogen. Die neue Adresse lautet nunmehr:

Aufbauzentrum FN, Meisterhofenerstr. 11, 7990 Friedrichshafen, Tel. (07541) 20 33 14

MATERIAL ZUR FUNKTION DER PSYCHOLOGIE GESUCHT

KIRCHZARTEN
13. Feb. 78

Eine Gruppe von Psychologen will ein Teach-in zur Funktion der Psychologie machen. Dazu wird Material vornehmlich zu psychologischen Foltermethoden in der BRD und in anderen Staaten gesucht (Anwendung und Entwicklung). Unkosten werden erstattet.

Kontaktadresse:
Gerd Sczudlek, Neuhäuserstr. 30, 7815 Kirchzarten

TUNIX-AUSWERTUNG

BERLIN
13. Feb. 78

Der Maulwurf-Buchvertrieb will in zwei Wochen ein 'Arbeitswochenende' über Tunix machen und sucht deshalb Einschätzungen, Arbeitsergebnisse, Kommentare und Kritik zu Tunix. Das Material soll ausgewertet und eventuell veröffentlicht werden.

TUNIX
c/o Maulwurf Buchvertrieb, Waldemarstr. 24, 1000 Berlin 36, Tel. 030/ 61 49 858

SYMPOSIUM: DIE LINKE OPPOSITION IN OST–EUROPA ALS GESELLSCHAFTLICHE TATSACHE

Dieses Treffen wird u.a. veranstaltet von Controradio, Firenze. am 4.- 5. März 1978 in Florenz.
Eingeladen sind mehrere Emigranten aus Polen, Sowjetunion, Ungarn. Auch der reale Sozialismus hat seine Subversiven, hat die Verweigerung der Arbeit, subversive Kommunikationsformen. Verhaltensweisen, die an die Grenzen der Ordnung stoßen, mal drinnen, mal draußen. Dieser Vorgang wird in westlichen Medien lediglich Spektakel.
Dabei wäre zu verstehen, wogegen sich diese Verhaltensweisen als gesellschaftliche vermitteln, was sie ausdrücken, was also aus der Ordnung fällt. Die Italiener interessiert das besonders, weil bei ihnen die Arbeiterbewegung zur Macht strebt (oder in Toscana schon an selbiger ist).

Kontaktadresse:
Controradio, 51oo Firenze, via dell'Orto 15 r, Italien, Tel. 225 642, Erbetene Geldspenden an :
Vladimir Goldkorn, Via Rosso Fiorentino 11, 51 Firenze

KONFERENZ ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

KÖLN
16. Februar

Die Kölner Initiative für das Russell-Tribunal veranstaltet am 25. und 26. Februar eine Konferenz zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB:

„Jetzt ist also sogar das Russell-Tribunal unvereinbar mit den Interessen des DGB. Und da sollen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB nicht Thema des Tribunals sein? Der Ablauf der Konferenz soll folgendermaßen aussehen:

Samstag, 25. Februar 1978

14.00 Uhr Beginn, Erörterung des Programms
15.00 bis 18.00 Uhr Diskussion der Einzelthemen in Gruppen anhand der Thesen (UVB = Menschenrechtsverletzung?, Verfahren des Ausschlusses, Besonderheit der UVB in Westeuropa, Soziale Folgen, Zusammenhang mit dem allgemeinen Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, Zusammenhang mit staatlichen Repression)
18.30 Uhr Essen
20.00 Uhr Veranstaltung zum Thema 'Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DEG'. Es sprechen: Hans Seichter, Müllwerker und Betriebsratsvorsitzender Delmenhorst, Dieter Braeg, Arbeiter und Betriebsratsvorsitzender Pierburg/Neuss, Günther Wöckner, Betriebsratsvorsitzender Reynolds, Hamburg, und ein Vorstandsmitglied der GEW Bochum

Sonntag, 26. Februar 1978

9.00 Uhr Gemeinsames Frühstück
10.00 bis 12.30 Uhr Fortsetzung der Diskussion in Gruppen und Bearbeitung der Thesen
13.00 Uhr Essen
14.30 Uhr Bericht aus den Gruppen und Abschlußdiskussion

Konferenz und Veranstaltung finden statt in der **Deutschen Jugendherberge Köln, Konrad Adenauer Ufer, Nähe Zoo (linksrheinisch).** Die GEW Berlin hat sich mit der Konferenz solidaricch erklärt und macht zur selben Zeit (am Freitag, dem 24. Februar) eine Veranstaltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen."

Die Kölner Initiative hat sich außerdem dazu entschlossen, einen Aufruf vorzuschlagen, der in einer großen Tageszeitung veröffentlicht werden soll und der dafür eintritt, daß die Jury die Unvereinbarkeitsbeschlüsse behandelt. Dieser Aufruf soll unterschrieben werden und auch andere Gewerkschaftsmitglieder und Ausgeschlossene (unter Angabe von Gewerkschaft und eventueller Funktion) zur Unterschrift gewonnen werden. Damit die Anzeige finanziert werden kann, wird um eine Überweisung von 10,-- DM gebeten.

Die Kölner Initiative hat auch eine Broschüre herausgebracht: „Dokumente I, Berufsverbote und politische Entlassungen, alle Fälle in Köln 1972 bis 1977 und wie die Gewerkschaften dabei mitwirken", kostet 5,-- DM. Darin wird das Zusammenspiel von Arbeit'gebern', Staat und Gewerkschaften bei den politischen Säuberungen am Beispiel der 49 Kölner Fälle sehr genau und sehr lebendig dokumentiert. Das letzte Kapitel, überschrieben mit der Forderung des Bundesverfassungsrichters Träger: „Der moderne Staatsschutz muß alle Bereiche des sozialen Lebens erfassen", zeigt: die innergewerkschaftliche Repression int von der staatlichen nicht zu trennen.

Kontaktadresse:
Kölner Initiative für das Russell-Tribunal, c/o Kurt Holl, Werderstraße 21, 5000 Köln 1 — Telefon 0221 / 52 38 42

OFFENER BRIEF AN ALLE RUSSELL-INITIATIVEN NACH ZWIST MIT DEM SEKRETARIAT

MARBURG
13. Februar

Bereits im letzten ID war von den Bemühungen des Sekretariats des Russell-Tribunals die Rede, die Auslieferung und den Vertrieb einer Marburger Broschüre zu verhindern. Streitpunkt ist die Veröffentlichung von Gutachten zum Russell-Tribunal, im besonderen der Abdruck des Gutachtens von M. Zieger über die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Über den ID als Medium will sich die noch ungespaltene Marburger Initiative an andere Initiativgruppen in einem offenen Brief wenden, da sie mit der Informationspolitik des Sekretariats nicht mehr zurecht kommt.

„An die Unterstützergruppen!

Vor einiger Zeit hat sich innerhalb unserer Initiative eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich genauer mit der Frage der Kriterien beschäftigen wollte, nach denen Russell-Tribunale vorgehen. Konkreter Anlaß waren u. a. Diskussionen um Möglichkeiten und Grenzen dieser Kriterien, die unsere Arbeit ab einem bestimmten Zeitpunkt fast lähmten und tiefe Meinungsverschiedenheiten entstehen ließen. Die Materialbasis der Diskussionen waren zu schmal, um eine Annäherung oder eine definitive Bekräftigung der Unvereinbarkeit der Standpunkte zu ermöglichen. Wir konnten bei unserer Arbeit den Umstand ausnutzen, daß wir Einsicht in die meisten Gutachten hatten, die neben den konkreten Fällen und Zeugenaussagen Grundlage für das Russell-Tribunal sind.

Da es einen Beschluß des Sekretariats vom 14. Nov. 1977 gab, den Wortlaut der Gutachten in einem Buch „Berichte 2" zu publizieren, galt diese Arbeit erst einmal unserer eigenen Selbstverständigung. Das Durcharbeiten der Gutachten stellte sich bald als sehr fruchtbar heraus und ermöglichte uns einen genaueren Einblick in die Arbeitsweise des Tribunals und die Antwort auf die Frage, inwieweit solche Tribunale sinnvoll sein können, obwohl sie aufgrund der Kriterien nicht alle Bereiche der Unterdrückung erfassen. Dies führt auch bei Argumentationen „nach außen" zu gründlicheren und sachbezogeneren Diskussionen gerade in Bezug auf so strittige Punkte wie z. B. die Behandlung der Frauenunterdrückung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse als jeweils gesonderte Bereiche. Gerade hier war die Informationsbasis vorher viel zu schmal, um fruchtbare Auseinandersetzungen zu führen.

Als sich jedoch abzeichnete, daß das Sekretariat und der Beirat die Veröffentlichung der Gutachten schließlich doch ablehnten, teils aus formalen Gründen — die Gutachten seien für die interne Diskussion und Entscheidung über die zu behandelnden Problembereiche gedacht gewesen — teils aus inhaltlichen Gründen — das Aufwerfen der Problematik um Möglichkeit und Grenzen der Kriterien besonders im Hinblick auf den Bereich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse führe nur „zu Verwirrungen" (w. d. Narr) und sei außerdem geeignet, sich abzeichnende Bündnismöglichkeiten (Jusos, Falken, Gewerkschaften, Berufsverbotekomitees) wieder zu erstikken — entschlossen wir uns, die Gutachten, zum Teil original (soweit sie allgemein zugänglich sind), zum Teil von uns zu sammengefaßt und kommentiert, selbst herauszugeben.

Wir hatten die Erfahrung gemacht, daß Diskussionen über solche Fragestellungen nicht verwirren, sondern aufklären und Grund für ein Engagement zur Unterstützung des Russell-Tribunals sein können. Diese wird aber dadurch erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, daß der Informa-

tionsfluß zwischen Sekretariat und Initiativen sehr mangelhaft ist, so daß wir in manchen Diskussionen mit Informationen konfrontiert wurden/werden (z. B. Verlauf der Verhandlungen des Sekretariats und des Beirats mit dem Hamburger Komitee gegen die Berufsverbote), die wir weder bestimmt dementieren noch bestätigen konnten. Das nachgeschobene Argument, die Gutachten seien lediglich für den internen Entscheidungsprozeß bestimmt gewesen und auch deshalb nur geschrieben worden, schließt — auch angesichts der Tatsache, daß einige Gutachten allgemein zugänglich sind — ihre Veröffentlichung nicht aus. Die bündnispolitischen Erwägungen des Sekretariats bzw. des deutschen Beirats dürfen unserer Ansicht nach nicht zur Tabuisierung von notwendigen Diskussionen führen, zumal noch der Beweis dafür aussteht, daß diese Diskussionen ein breites Bündnis unmöglich machen.

Nachdem wir die Broschüre in Druck gegeben hatten, führte ein Vertreter unserer Initiative ein Gespräch mit K. Dieckmann (Sekretariatsmitglied), in dem Dieckmann vor einer Veröffentlichung warnte. Bei einem anderen Telefongespräch äußerte sich W. D. Narr in ähnlicher Weise. Wir legten unseren Standpunkt in einem ausführlichen Brief an das Sekretariat dar. Bei einer Diskussion mit zwei weiteren Sekretariatsmitgliedern in Marburg kritisierten wir die restriktive Informationspolitik des Sekretariats. Da wir weiterhin davon überzeugt sind, daß eine inhaltlichere Diskussion als sie bisher über „Berichte 1" und die Rundbriefe möglich gewesen ist, notwendig für eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit ist, haben wir dir Broschüre dennoch veröffentlicht. Denn im Gegensatz zur — von uns unterstellten — Auffassung von Teilen des Sekretariats und des Beirats, daß die Unterstützerbewegung eh bedeutungslos sei, sind wir der Meinung, daß dieses Tribunal ohne die Unterstützergruppen sehr viel schlechter dastünde. Den Umkehrschluß, daß das Sekretariat für uns bedeutungslos sei, ziehen wir allerdings nicht. Wir sind vielmehr an einer solidarischen Auseinandersetzung zwischen Sekretariat und Unterstützerbewegung über die entstandenen Streitpunkte interessiert.

Darum unser Aufruf: schreibt uns bitte, wenn ihr ähnliche (oder auch andere) Probleme in bezug auf Öffentlichkeitsarbeit bzw. das Sekretariat habt. Leitet uns bitte weitere Adressen von Initiativgruppen zu. Bei Bedarf und Interesse werden wir nach der 1. Sitzungsperiode des Tribunals ein Treffen aller Unterstützergruppen durchführen, um dort einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und über weitere Perspektiven zu reden (Strukturierungs- und Organisationsvorschläge sind willkommen).



Kontakt:
Russell-Initiative Marburg, c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg

PS.: Die Broschüre (Inhaltsbesprechung im vorigen ID) ist weiterhin für 4,50 DM (Buchläden etwa 3,-- DM) zu beziehen.

ESG GEGEN „RAZZIENGESETZE"

BERLIN
15. Februar

Gegen die am 20. Februar 1978 im Bundestag zur Verabschiedung anstehenden „Razziengesetze" hat sich die Evangelische Studentengemeinde (ESG) an der Pädagogischen Hochschule Berlin ausgesprochen (siehe auch ID 215). In einer Presseerklärung heißt es dazu:

„Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) an der Pädagogischen Hochschule Berlin hat in einem offenen Brief an die SPD/FDP-Bundestagsabgeordneten ihre Bedenken gegen die Erweiterung der Eingriffsbefugnisse der Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die Bürger und ihre demokratischen Freiheitsrechte durch die geplanten „Razziengesetze" geäußert und dazu aufgefordert, sie abzulehnen.

Die Kritik richtet sich insbesondere gegen den darin enthaltenen **offenen Bruch mit einem rechtsstaatlichen Grundprinzip**: die traditionelle Bindung exekutiver Eingriffe in Grundrechte des Bürgers an das Vorliegen eines konkreten, personengebundenen Tatverdachtvorwurfs.

Maßnahmen wie Identitätsfeststellung, Durchsuchung und Festnahme können sich nach diesen Gesetzen gegen die gesamte Bevölkerung richten, und sogar gegen Personen, die ausdrücklich n i c h t einer Straftat verdächtigt werden.

Damit wird in gefährlicher und unverantwortlicher Art und Weise polizeilich-exekutiven Zwangsmaßnahmen der Vorrang vor aktiver Gesellschaftspolitik, die an den tatsächlichen Ursachen sozialer Mißstände ansetzt, eingeräumt und freiheitlich-demokratische Prinzipien und Bürgerrechte eingeschränkt."

Evangelische Studentengemeinde
An der Pädagogischen Hochschule, 1 Berlin 46 (Lankwitz), Marchandstr. 13, Tel.: 73 67 62

GEWERKSCHAFT,ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT SCHLIEßT 14 MITGLIEDER AUS

BOCHUM
15. Februar

Vierzehn Mitglieder des Ortsverbandes Bochum der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind aus derselben ausgeschlossen worden. Der Ausschluß wurde vom Hauptvorstand der GEW beschlossen. Als gewerkschaftsschädliches Verhalten hat der Hauptvorstand die Tatsache gewertet, daß der Ortsverband Bochum in seinem Info Nr. 11/77 zu den Vorstellungen der CDU Stellung nahm, die sich mit dem Verbot von KPD, KPD/ML und KBW befaßten. Besonders erbost war der Hauptvorstand über einen im Info abgedruckten Antrag des Ortsverbandes des Bochum der GEW, in dem es hieß:

„Die Mitgliederversammlung der GEW-Bochum betrachtet den Versuch des CDU-Vorstandes, einen Verbotsantrag gegen die 3 Organisationen KPD, KPD/ML und KBW einzubringen, als einen Angriff gegen die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes. (...)

Bereits durch ein ganzes Arsenal von Gesetzen, wie z.B. die Gesetze gegen Haus- und Landesfriedensbruch, die Notstandsgesetze, die Paragraphen 88a und 130a versucht die herrschende Klasse, die demokratischen Rechte von Arbeiterklasse und Volk zu beschneiden und ihren Zusammenschluß im Kampf für ihre Rechte zu verhindern. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB dienen der gleichen Sache. Betroffen von diesen Maßnahmen sind alle fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Kräfte, die sich dagegen zu einer breiten Aktionseinheit zusammenschliessen müssen.
(...)"

In Bochum hat sich eine 'Aktionseinheit zur verschärften politischen Unterdrückung' zusammengetan, die ebenfalls im GEW Info veröffentlicht hat. Dieser Aktionseinheit gehört der GEW-Ortsverband Bochum nicht an, wohl aber die drei vom Verbot bedrohten Gruppen KPD, KPD/ML und KBW. Dem Hauptvorstand der GEW genügt bei seinem Ausschlußverfahren die Tatsache, daß diese Gruppen im GEW-Info veröffentlichen können. In einem Brief des Hauptvorstandes heißt es:

„Diese Veröffentlichung stellt eine Unterstützung der aufgeführten unter den Unvereinbarkeitsbeschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 3.Oktober 1973 in der Fassung vom 2.Juli 1974 fallenden Organisationen dar. Dieser Tatbestand ist nicht nur durch die Veröffentlichung einer Erklärung erfüllt, die von diesen Organisationen unterzeichnet sind, sondern auch und vor allem durch die Verbreitung der von diesen Organisationen gegenüber dem DGB und seinen Gewerkschaften aufgestellten verleumderischen Behauptungen."

Da die Evangelische Studentengemeinde Bochum ebenfalls der Aktionseinheit angehört, hat sie sich bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu den Ausschlußverfahren geäußert. In einem Brief heißt es:

„Wir wundern uns über die Tatsache, daß eine — nicht von der GEW Bochum stammende — Erklärung, die ausdrücklich 'zur Information' weitergegeben wird, ohne daß irgendeine inhaltliche Übereinstimmung zu spüren war, in einer Zeitung, die den Namen INFO trägt, dieses Verfahren ausgelöst hat.

Wir betrachten es als das gute Recht jedes Bürgers in diesem Lande, und jeder Organisation, Informationen weiterzugeben. Wir bitten Sie dringend, abzusehen von einer Fortsetzung dieses Ausschlußverfahrens, weil wir das für sehr schädlich halten für die gewerkschaftliche Arbeit hier in Bochum, insbesondere im Blick auf zukünftige Generationen.

Mit freundlichem Gruß, für die ESG —
Jaap van Zwieten de Blom, Pfarrer."

Darauf antwortet der Vorsitzende der GEW, Erich Frister:

„Sehr geehrter Herr van Zwieten de Blom,
ich bestätige den Eingang Ihres Briefes vom 25.Januar 1978. Ich bin außerordentlich erstaunt darüber, daß Sie sich anmaßen, einen innergewerkschaftlichen Vorgang der GEW, über den Sie nur einseitig unterrichtet sein können, zu beurteilen. Ich hätte Verständnis für das Stellen von Fragen und das Verlangen nach Informationen. Die Verurteilung, ohne die Fakten zu kennen, scheint mit mit dem Berufszusatz hinter Ihrer Unterschrift kaum zu vereinbaren.

Ihr Vorwurf, unsererseits würde das Recht bestritten, „Informationen weiterzugeben",ist absurd und beleidigend zugleich.

Andererseits habe ich natürlich Verständnis für Ihre voreilige Stellungnahme, da die in das Ausschlußverfahren verwickelten Mitglieder unseres Bochumer Vorstandes nicht unwesentlich zur Finanzierung Ihrer Aktivitäten beigetragen haben, wobei es mich sehr verwundert hat, daß es zu den Aufgaben einer evangelischen Studentengemeinde gehört, fremdsprachige Publikationen herzustellen, in denen die Bundesrepublik als ein faschistischer Staat dargestellt und Lügen über Lügen verbreitet werden. Mir drängt sich der Eindruck auf, daß Ihre Aktivität und die der Evangelischen Studentengemeinde Bochum mit dem kirchlichen Auftrag sehr wenig, sehr viel aber mit dem Auftrag extremistischer Parteien zu tun hat, deren Anhänger offenbar unter dem Firmenschild Evangelische Studentengemeinde gut getarnt sind. Doch dies alles ist Ihre Sache. Sie sollten es aber unterlassen, sich als Moralprediger in Sachen Demokratie aufzuspielen, wenn Sie gleichzeitig Organisationen unterstützen, die den Bürgerkrieg, also Mord und Totschlag, im Interesse politischer Ziele in ihrem Programm als Mittel zur Veränderung der Gesellschaft fordern.
Aber im Segnen von Waffen und Gewalttat haben ja die Kirchen eine lange Tradition.

Mit freundlichen Grüßen Erich Frister"

Inzwischen hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, stellvertretend für den übrigen DGB, die Tradition von Unvereinbarkeitsbeschlüssen am Leben erhalten. Vierzehn Mitglieder sind ausgeschlossen, gegen acht weitere laufen die Verfahren.

Kontakt: Evangelische Studentengemeinde, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum; Tel. 0234 / 70 14 65

(Als Sekretärin eines solchen Vertreters von 'Erziehung und Wissenschaft' würden mir die Finger auf den Tasten gefrieren — solche formulierten Verdrehungskünste hat selbst der Composer kaum verkraftet.

DISZIPLINARMASSNAHMEN WEGEN SEMINARKÜNDIGUNG ?

HANNOVER
7. Februar

Vom AStA der Studentenschaft der Pädagogischen Hochschule Hannover:

„Fritz Rodewald ist Assistent an der Pädagogischen Hochschule (PH) Hannover. Im Wintersemester hat er ein Seminar „Parteilichkeit in der Grundschule" mit folgendendem Text angekündigt:



„Der Arbeitsplatz Grundschule ist und bleibt ein 'Hinterhof der Nation'. Deshalb ist es wichtig, Partei zu ergreifen. Über die millionenhaften schulischen Terrorakte gegen Schüler, Eltern und Lehrer breitet sich ein Mantel des Schweigens. Weder in der Öffentlichkeit noch konsequent im Freiraum Hochschule wird diese Situation radikal analysiert und auf Abhilfe gesonnen.

Häufig richten sich theoretische und praktische Phantasie darauf, den Verschleierungsvorhang zu verdichten. Da wird z. B. reißerisch - wenn es Profit bringt - von den Kindern berichtet, die ihre Zerstörung nicht mehr aushalten: den Kinderselbstmördern. Die Spitze des Eisberges. Und über die, die schon tot sind und doch noch leben, stülpt sich weiterhin die Ideologie der heilen Kindheit. ... Es sollte im Seminar darum gehen, nicht für die normale Unterrichtstätigkeit zu qualifizieren, sondern Gegenkräfte zu mobilisieren, um die scheinheilige Grundschulsituation verändern zu können...."

Auf Intervention von Kultusminister Pestel wurde darauf Rodewald zur Anhörung beim Kanzler der Hochschule zitiert. Er hatte es zuvor abgelehnt, schriftlich zu erklären, daß er nicht „die Absicht verfolgt habe, die Bundesrepublik Deutschland zu verunglimpfen und die Grundschule in destruktiver Weise zu denunzieren" (aus der Aufforderung des Kanzlers vom 7.12.). Am 16.1. fand die Anhörung statt. Rodewald wurde erklärt, die Ankündigung „lasse Zweifel aufkommen, daß er es mit seiner Haltung zum Staat ernst meine". Der Kanzler kündigte an, solche Äußerungen in Zukunft nicht mehr zuzulassen. In einer Zeit, in der die Bevölkerung durch wirkliche Terrorakte beunruhigt sei, löse der Text bestimmte Assoziationen aus, und das sei eben nicht tragbar.

Da Rodewald sich nicht von seinem Text distanzierte, wird nun Pestel über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens entscheiden. (Übrigens: Die Einzelheiten der Anhörung entnehmen wir der Veröffentlichung durch den SPD-Abgeordneten Pennigsdorf auf dem Hochschullehrerkongress vom 27.1. .)

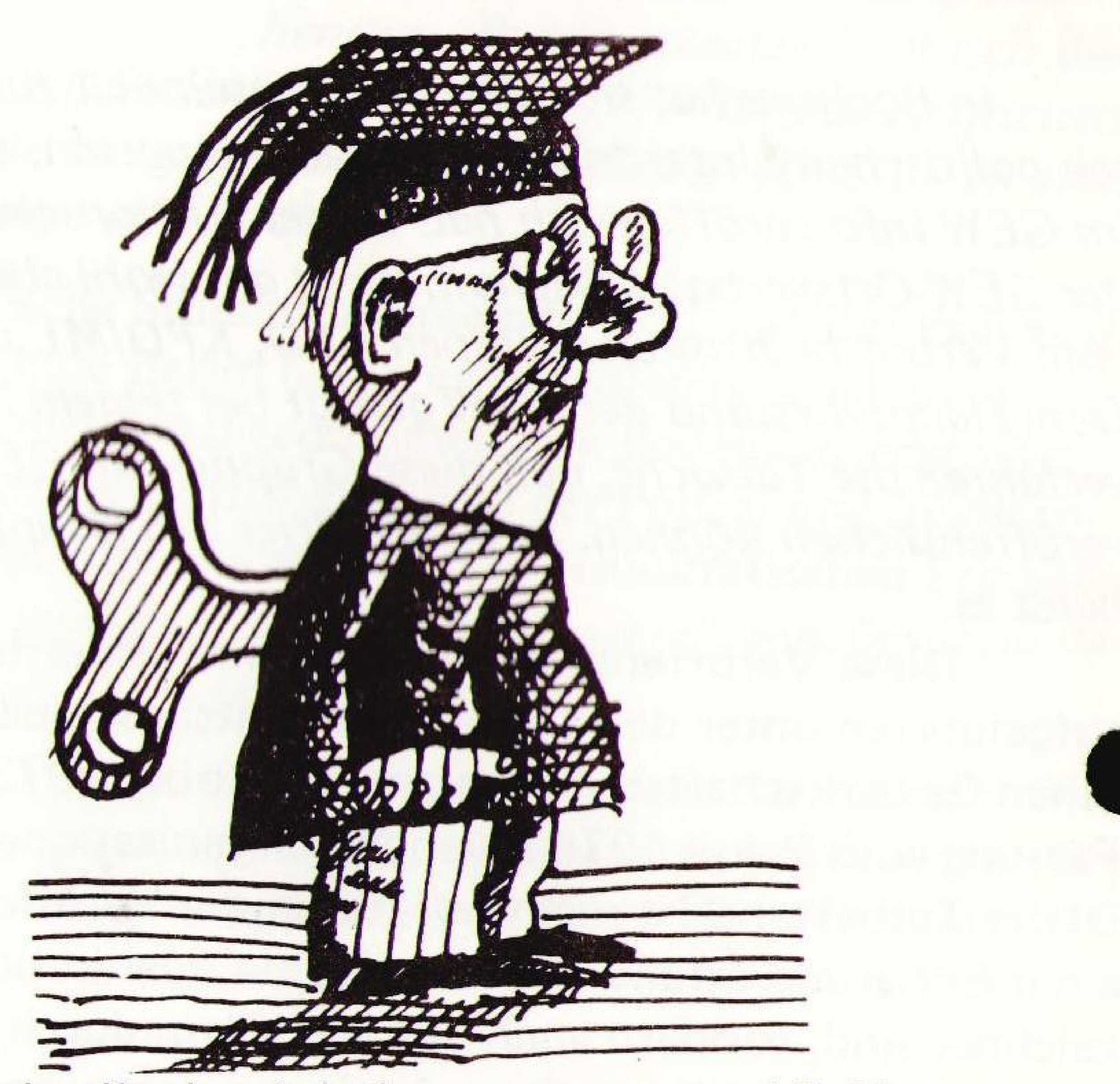
Der AStA der PH gab zu diesem Zensurversuch folgende Erklärung ab:

„Was der wissenschaftliche Assistent Fritz Rodewald im Ankündigungstext zu seinem Seminar „Parteilichkeit in der Grundschule" geschrieben hat, reicht heutzutage aus, Zweifel an der „Staatstreue" zu wecken, eine Anhörung anzuberaumen, eine Distanzierung zu verlangen und mit Disziplinarmaßnahmen zu drohen.



Was wir hier erleben, ist der Versuch der Landesregierung, die Wissenschaft der kritischen Sprache zu berauben. Daß Schule auf Unterwerfung durch Angst und Zwang beruht, darf nicht mehr auf den Begriff gebracht werden, und daß die Folge menschliche Zerstörung ist, darf nicht mehr so genannt werden. *„Äußerungen von der Art wie im Vorlesungsverzeichnis würden künftig nicht mehr zugelassen"* - so der Kanzler der PH Niedersachsen, Hesse.

Wenn hier jemand gewalttätig, zerstörerisch ist, dann nur der „Staatsfeind", der „Terrorist". Die Staatsgewalt jedoch ist niemals Gewalt, sie ist Wohltat für die Landeskinder.



Die Gewalt, die durch Leistungszwang und Prüfungsangst, durch Angst vor Berufsverbot und Arbeitslosigkeit wirkt, und die Gewalt, die sich in der Kriminalisierung kritischer Meinung, z.B. durch den Paragraphen 88a und durch das Verbot des politischen Mandats zeigt, schließlich auch die offene Gewalt einer bürgerkriegsmäßig ausgerüsteten Polizei - all das soll die Ordnung sein, die unsere Freiheit schützt.

Das in unsere Köpfe zu hämmern, ist das ganze Ziel der Sympathisantenhetze, die jeden Kritiker des Staates zum Helfer des Terrors macht, liefert er doch mögliche Rechtfertigungen. Die CDU meint die Früchte dieser Saat bereits ernten zu können, wenn sie prahlt, die Pluspunkte der Albrecht-Politik seien u.a. das Verbot von 22 Schulbüchern in 12 Monaten und die Suspendierung P. Brückners (FR vom 31.1.78).

Die CDU fordert die Klärung der Ursachen des Terrors, die Bloßlegung der Wurzeln. Wir wollen diese Herausforderung annehmen, und zwar gründlich und beharrlich. Wir rufen auf, die alltägliche Repression in der Schule und Hochschule, in den Gerichten, wo mit AKW-Gegnern der kurze Prozeß gemacht wird, im Polizeirevier, im Gefängnis, auf der Straße und am Arbeitsplatz zu untersuchen, beim Namen zu nennen und öffentlich zu machen, und so mitzuhelfen, staatliche Zensurmaßnahmen gegen kritische Wissenschaft verhindern zu helfen."

Bilanz an der FHS für Sozialwesen

DREI VERWARNUNGEN, EINE EXMATRIKULATION, ZEHN GEFEUERTE LEHRBEAUFTRAGTE

FREIBURG
14. Feb. 78

Studenten der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen, Freiburg, schreiben:

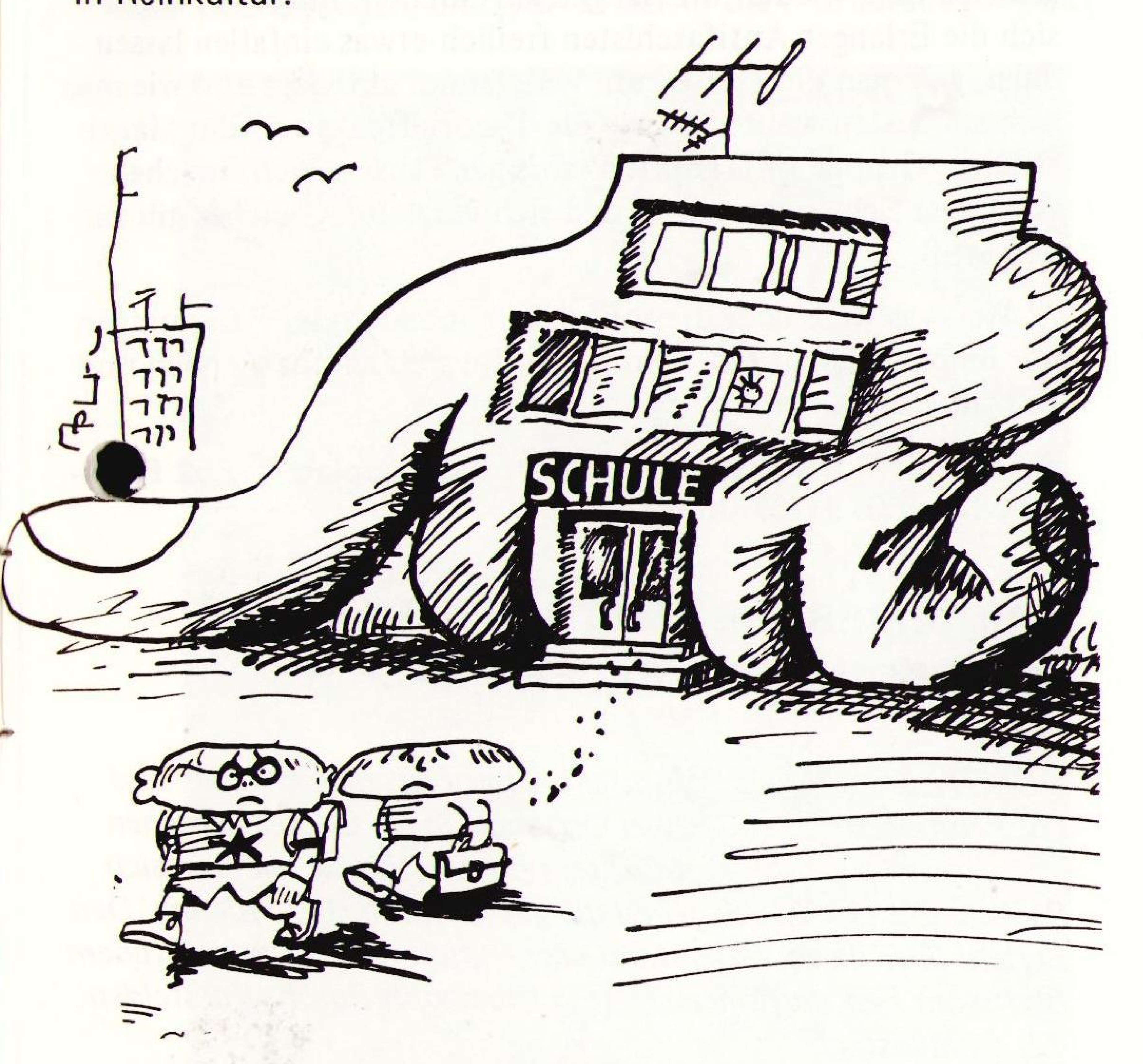
"Rektor B. Krautter (Theologie-Professor) und der Verwaltungsrat der Katholischen Fachhochschule schlagen derzeit wild um sich bei dem Bemühen, den Ruf der Fachhochschule, eine der reaktionärsten in unseren Landen zu sein, auszubauen. Hatte Krautter es zu Semesterbeginn lediglich zu zwei Verwarnungen gebracht, so kann er nun in den ersten Wochen des neuen Jahres, rechtzeitig zum Ende des Wintersemesters, eine stolze Bilanz auf dem Weg zur totalen politischen Friedhofsruhe an der Schule präsentieren: 3 Verwarnungen, 1 Exmatrikualtion und 10 gefeuerte Lehrbeauftragte.

Mitte Januar hatten mehrere Studenten die vom MSB Spartakus herausgegebenen 'Roten Blätter' verkauft. Vier von ihnen erhielten daraufhin 'geeignete Ordnungsmaßnahmen' angedroht. Reaktion der Studentenschaft: Eine großangelegte Büchertisch- und Zeitungsverkaufsaktion, an der sich alle an der FHS existierenden Gruppen beteiligte. Allein die Basisgruppe verkaufte dabei für über 200,-- DM 'verbotenes Material'. Denn 'verboten' ist jede Zeitschrift, jeder Büchertisch, jedes Plakat und jede Gruppe, da sie ausdrücklich durch den Rektor genehmigt werden müßte — und auf diesen repressiven Schwachsinn läßt sich selbstverständlich niemand ein.

In der Klausurwoche, zwei Tage vor Beginn der Semesterferien wurden dann die 'geeigneten Maßnahmen' ausgesprochen: Ein Student, der sich bereits im Praxissemester befindet, also kurz vor dem Abschluß seiner Berufsausbildung steht, wird exmatrikuliert, drei andere Studenten erhalten Verwarnungen.

In schleimigen Verlautbarungen heuchelt der Rektor, die Meinungsfreiheit sei durch diese Maßnahmen an der FHS nicht eingeschränkt. Nach wie vor dürfe jeder Student seine Ansichten — auch marxistische — offen vertreten. Er müsse aber einen Riegel vorschieben. wenn es nicht bei politischer Auseinandersetzung bliebe, sondern wenn eine Gruppe zu Agitation und Propaganda schreite, z.B. wenn sie Plakate aufhänge, 'auf denen der Kommunismus verherrlicht' wird. Schließlich sei man ein Tendenzbetrieb, zur Hälfte von der katholischen Kirche finanziert und in der DDR würde übrigens auch die katholische Kirche vom SED-Regime in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. Na bitte!

Folgerung: Aufgrund besonderer privatrechtlicher Machtverhältnisse können an der katholischen FHS einige reaktionäre Gehirne in mittelalterlich-kirchenfürstlicher Manier jede kritische Meinung unterdrücken, Ziel ist das katholische Ghetto in Reinkultur.



DIE GRUPPE „FÜR SELBSTORGANISIERTES HANDELN" HAT GEWONNEN

KÖLN
8. Februar

Diese Erklärung zu den Studentenparlamentswahlen schickte uns der AStA der Abteilung für Heilpädagogik der Uni Köln:

„Zu einem ziemlich beschissenen Termin fand bei uns die Wahl zum Studentenparlament statt: Kurz vor Karneval studierten kaum noch Leute bei uns an der Hochschule, so daß wir eine sehr niedrige Wahlbeteiligung hatten: 27,9% (jedoch haben fast alle, die zur Wahlzeit in der Hochschule waren, abgestimmt). Das Wahlergebnis ist für uns recht erfreulich: Wir, die „FSH (Für selbstorganisiertes Handeln)" haben nun 13 der 15 Parlamentssitze (bisher 11). SHB/MSB, die zusammen mit Unabhängigen kandidierten, stellen die beiden anderen Parlamentarier. Der RCDS kandidierte nicht, die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) bekam 12 Stimmen.

Klar, daß das Studentenparlament weiter Wiese bleibt und wir den AStA stellen."

VERANSTALTUNG ZUR VERTEIDIGUNG DER MILITÄRJUNTA GESTÖRT

TÜBINGEN
Februar '78

Vom Komitee "Solidarität mit Chile und dem Antifaschismus-Komitee" kommt folgender Bericht:

Der rechtsextreme ,Hochschulring Tübinger Studenten' hatte am 4. Dezember 1976 zusammen mit der faschistischen "Wehrsportgruppe Hoffmann" eine Gruppe von Demonstranten brutal überfallen. Ausgerechnet für den 30. Jan. 1978 - den 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers - hatte der HTS eine öffentliche Veranstaltung über "Die Wahrheit in Chile" angekündigt. Es verwundert nicht, daß die Universitätsleitung ihm dafür einen Raum zur Verfügung stellte, wenn man weiß, daß kurz zuvor der Chef der Deutschen Bank, Joseph Hermann Abs, zum Ehrensenator der Universität ernannte wurde. (Die Deutsche Bank ist über Kreditgeschäfte und Beteiligungen wesentlich mitverantwortlich für die Verelendung des chilenischen Volkes.).

Schon früher hatte der HTS seine Meinung zu Chile eindeutig klargestellt: "Der HTS stände an der Spitze derer, die eine Bundesregierung ebenso wie das Militär in Chile zu Fall bringen würden, wenn diese sich ebenso wie die Regierung Allende über die Verfassungsprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Eigentumsgarantie usw. hinwegsetzen würde."

Als Referent war das ehemalige HTS-Vorstandsmitglied Thomas Veigel vorgesehen. Veigel studiert seit zwei Jahren in Santiago Zahnmedizin. Schon vor einem Jahr hatte er auf einer ähnlichen Veranstaltung die Verhältnisse im KZ Tres Alamos mit den Worten beschönigt, es ginge den Leuten im KZ immer noch besser als denen draußen und es würde nicht gefoltert, den Leuten würden lediglich Wassersäcke auf den Bauch gelegt.

Gegen diese Propaganda-Veranstaltung des HTS bildete sich eine Aktionseinheit, zu der vom Antifaschismus-Komitee und vom Komitee 'Solidarität mit Chile' aufgerufen wurde. Vor Beginn der Veranstaltung versammelten sich etwa 200 Personen im Studenten-Clubhaus. Man einigte sich darauf, geschlossen in den Hörsaal hineinzugehen und dem Referenten drei Fragen zu stellen, die vom Chile-Komitee ausgearbeitet worden waren.

Unter den Rufen "Keine Propaganda für die Junta!" und "Nie wieder Faschismus - wehret den Anfängen!" zogen die inzwischen 300 Demonstranten in das Hörsaalgebäude Brunnenstraße, in dessen Nähe ca. 50 Polizisten bereitstanden. Im Hörsaal warteten etwa 15 Personen.

Unsere erste Frage bezog sich auf das Referendum, mit dem die Junta die Anschuldigungen der UNO zurückweisen und ihrer eigenen Diktatur einen Anschein von Legitimität verleihen wollte. Veigel bestritt die Umstände nicht, unter denen das Referendum stattgefunden hat (Versammlungsverbot, Verbot der politischen Parteien, Vernichtung der Wahlregister, Kennzeichnung der Personalausweise, Entlassungen aus politischen Gründen); dennoch beabsichtigte er, die Stimmab-

gabe selbst als freie Entscheidung des chilenischen Volkes für Pinochet hinzustellen. Die zweite Frage bezog sich auf die Unterdrückung der Arbeiterschaft und die Beseitigung ihrer erkämpften Rechte. Veigel mußte zugeben, daß die Junta die Rechte der Arbeiter mißachtet, wie Streikrecht, Tarifautonomie, Versammlungsfreiheit und freie Wahl von Gewerkschaftsvertretern. In unserer dritten Frage wurden die Verletzungen der Menschenrechte angesprochen. Veigel gab zu, daß das katholische Solidaritätsvikariat in Santiago Unterlagen über die Verschleppung von 1700 Personen durch die Geheimpolizei besitzt; er versuchte aber, mit einer in der reaktionären Zeitung "El Mercurio" vom 13.12.77 abgedruckten Regierungserklärung zu beweisen, die Angehörigen der Verschwundenen hätten inzwischen selbst zugegeben, daß diese Unterlagen unzutreffend seien. (Tatsächlich hatte die Junta einige Angehörige von Verschwundenen durch Betrug zu derartigen Erklärungen gebracht.)

Zum Abschluß wurde unter dem Beifall der Anwesenden betont, daß das chilenische Volk die Junta für das Schicksal der Verschwundenen verantwortlich machen wird. Danach sangen wir wie schon zu Anfang das Solidaritätslied und zogen mit der Rufen "Hoch die Internationale Solidarität" und "Der Widerstand wird siegen, der Faschismus unterliegen" hinüber in die Neue Mensa der Universität.

Dort hatten das Chile-Komitee, das Anti-Faschismus-Komitee und eine Delegation des Chores "Canto General" gemeinsam eine Gegenveranstaltung vorbereitet mit Liedern, Gedichten und Redebeiträgen zur Lage des chilenischen Volkes, den letzten Widerstandsaktionen sowie über die Notwendigkeit, den Anfängen des Faschismus auch bei uns entgegenzutreten. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 400 Personen teil; für die Arbeit des Anti-Faschismus-Komitee wurden 240 DM gesammelt.

In der anschließenden Diskussion wurde von Schülern unter anderem kritisiert, daß es der Aktionseinheit durch ihr massives Auftreten zwar gelungen sei, ihre Entschlossenheit zu dokumentieren. Die inhaltliche Widerlegung der faschistischen Propaganda sei jedoch durch ein unflexibles und teilweise aggressives Verhalten zu kurz gekommen. Diese Kritik müssen wir ernst nehmen für weitere Veranstaltungen dieser Art.

Antifaschismus-Komitee Tübingen, Erasmushaus, Belthlestr.40
Komitee 'Solidarität mit Chile', Schlatterhaus, Österbergstr.2,
E. Odinius, Vogtshaldenstr. 47, 74 Tübingen

FASCHISTISCHE SCHLÄGER JETZT AUCH AN DER ERLANGER UNI

ERLANGEN
Februar 78

„Es ist zwar schon ca. zwei Wochen her mit der Schlägerei mit den Faschisten in der Erlanger Mensa, aber trotzdem schicke ich Euch noch einen Bericht darüber. Ich glaube nämlich, daß es wichtig ist, die Information über diese Sachen ziemlich zu verbreiten, nachdem die Neonazis eben immer häufiger und von den Bullen geduldet aufzutreten scheinen. In diesem Fall scheint es sich um eine recht neue Bande zu handeln. Ob Verbindungen zum Nürnberger Nazi-Hoffmann und seiner Wehrsportgruppe bestehen, wissen wir noch nicht. Das ganze kam für uns recht überraschend und unerwartet.

Nachdem ja schon seit längerer Zeit faschistische Schlägerkommandos an den Unis in München, Regensburg und Würzburg auftreten, scheint's nun auch in Erlangen loszugehen. Am Dienstag, dem 31.1., bauten die Jungen Nationaldemokraten JN (Jugendorganisation der NPD) einen Bücherstand vor der Erlanger Zentralmensa auf. Der Büchertisch war nicht beantragt und genehmigt. Die JNler verteilten dazu Flugblätter „gegen Dollarimperialismus und Sowjetimperialismus - die Alternative: Nationalismus" und ähnliche faschistische Scheiße. Hinter ihrem Tisch standen immer nur drei oder vier Typen, auch Flugblätter verteilten nur einige, aber noch gut 20 von ihnen verteilten sich über Mensavorplatz und -halle, provozierten, pöbelten, zwangen Leute, Flugblätter anzunehmen und ähnliches. Besonders hatten sie es natürlich auf andere Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer abgesehen. Einem Flugblattverteiler zur AStA-Wahl zerrissen sie seine Blätter und schlugen ihm brutal ins Gesicht. „Was lefft"(Erlanger Stadtzeitung)-Verkäuferin klauten sie erst einen Packen Zeitungen und warfen sie in einen Papierkorb. Als die ihre Zeitungen dann wiederholen wollten, schlugen die Faschisten ebenfalls gleich zu. Einem „Was lefft"-Verkäufer wurde dabei ein Zahn rausgeschlagen. Weiter wurden noch Studenten von der Liberalen Studenten-Initiative (LSI) durch die Jungnazis angegriffen. Dazu kommen noch kleinere Rempeleien und Auseinandersetzungen.

Zumindest in den beiden ersten geschilderten Fällen haben die Betroffenen Strafanzeige gestellt. Die Polizei selbst hat überhaupt nichts gegen die Schlägereien der Faschisten unternommen, außer der Feststellung einiger Personalien und Autonummern. Ansonsten haben drei Polizisten mit Hund nur zugeguckt.

Schon deshalb werden wir uns selbst bemühen, Näheres über diese faschistische Schlägerbande zu erfahren. Zum größten Teil scheint sie aus Regensburg zu kommen und ist sicher auch den Prügeleien in den Unis von München, Regensburg und evtl. Würzburg beteiligt. Erlanger NPD-Studenten waren ebenfalls dabei, besonders einer namens Thomas Gösta, der am Freitag darauf mit Leuten aus der Truppe bei einer NPD-Wahlveranstaltung aufmarschierte.

Ziemlich erschreckend war bei dem Ganzen die Passivität, Angst und Apathie der meisten Studenten. Deswegen und wegen der offensichtlichen Passivität der Polizei dürften die Faschisten bald wieder in Erlangen auftauchen. Bis dahin müssen sich die Erlanger Antifaschisten freilich etwas einfallen lassen dazu, wie man die Leute zum Widerstand aktiviert und wie man sich am besten wehrt. So wie die Theoriefreaks von der Marxistischen Gruppe (MG) dürfen wir's ganz sicher nicht machen: vor lauter Schiss einpacken und sich verziehn. Gleiches gilt für den MSB.

Wer was weiß über diese Faschistenbande oder Erfahrungen mit ihnen gemacht hat, egal wo, sollte sich an uns wenden und Informationen liefern:

WAS LEFFT-Redaktion, Altstädter Kirchenplatz 7, 852 Erlangen, Tel.: 09131/67 069"

SCHNURGERADE FLUR – BEREINIGT WIDERSTAND DER BAUERN WÄCHST

MÜNSTER
16. Februar

In Lienen und Kattenvenne, das sind zwei Ortschaften im Gebiet zwischen Münster und Osnabrück, wehren sich Bauern und Landwirte gegen die geplante Flurbereinigung. Den Bericht über ihren Widerstand entnehmen wir Münsters Grünem Blatt vom Februar/März '78 (c/o Christoph Busch, Raesfeldstr. 72, 44 Münster):

"Dreihundertachtzig Widersprüche, so stark war der Widerstand noch nie. Das haben sie sogar auf dem Flurbereinigungsamt zugegeben," sagte Landwirt Ewald Kottkamp in einem Gespräch mit dem Grünen Blatt. Zuvor waren wir mit Herrn Kruse in Gebiete gefahren, wo die Flurbereiniger schon zugelangt hatten, um uns den Kontrast zwischen "bereinigten" und von der Behörde noch nicht verunstalteten Landstrichen zeigen zu lassen.

Schädliche Eingriffe in die Natur, die wir Städter kaum noch wahrnehmen können, wurden uns gezeigt: Schnurgerade, tiefe Gräben, wo eigentlich keine nötig wären, abgeholzte Wallhecken

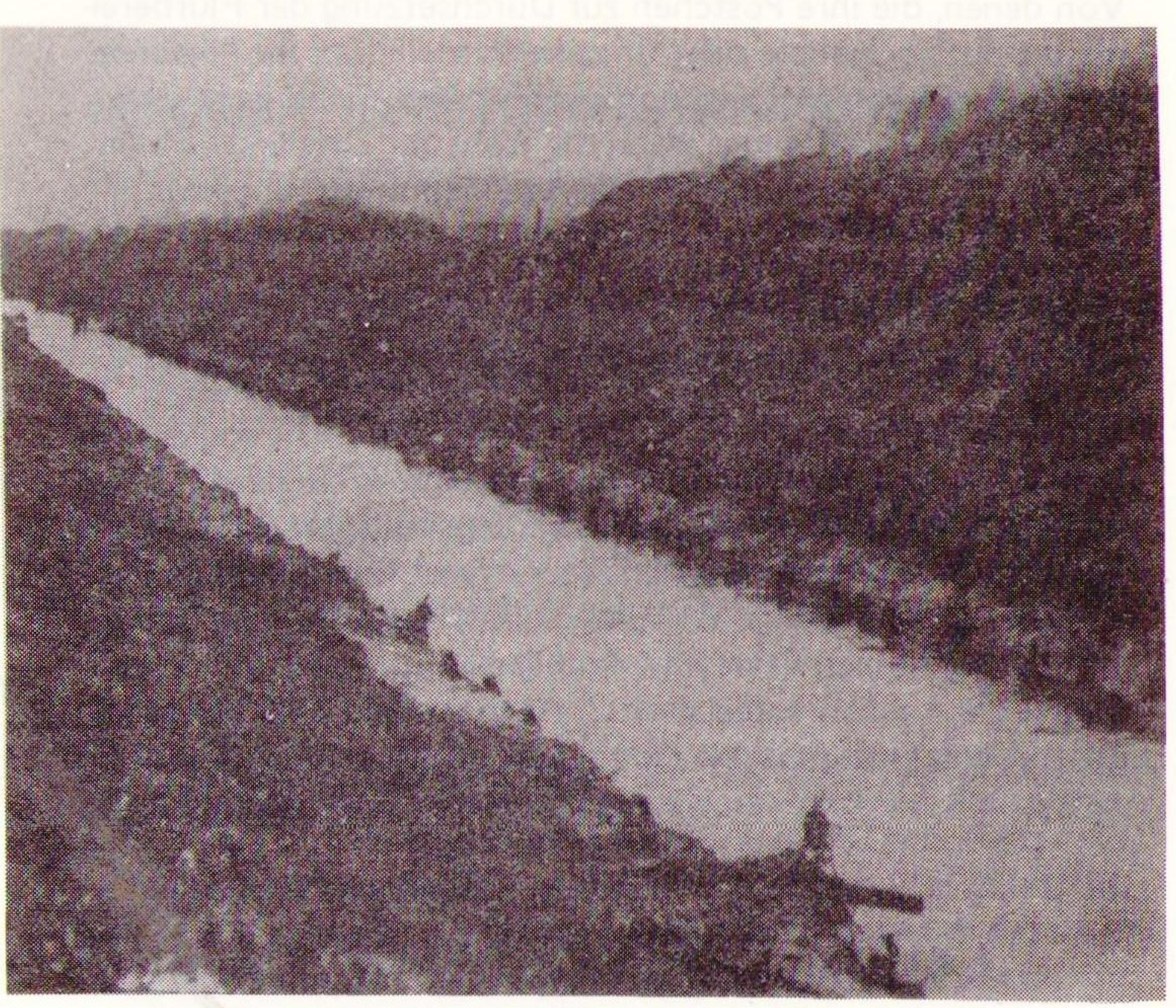
und Bäume, ein Straßennetz wie auf einem Fabrikhof, reißbrettverplante Landschaft, lächerliche Neuanpflanzungen und sinkender Grundwasserspiegel. "Sie müssen mal während der Frühjahrsstürme hierhin kommen, dann gibt es hier die reinsten Wüstenstürme, die Luft ist voller Sand."

Jetzt saßen wir zusammen und ließen uns die Geschichte des Widerstandes gegen die geplante Flurbereinigung in der Gemeinde Lienen erzählen: Seit einigen Jahren hatte sich die Flurbereinigung schon rechts und links von der Autobahn Münster-Bremen ins Land gefressen, als vor vier Jahren auch die Bürger von Lienen–Kattenvenne mit einer "Informationsversammlung" auf den Segen der Flurbereinigung vorbereitet werden sollten. "Normalerweise kommen bei solchen Veranstaltungen einer, wenn's hoch kommt zwei Leute. Aber da waren die ganzen "Experten" da: Drei bis vier von der Flurbereinigung, welche von der Landwirtschaftskammer, vom Kreisverband, alles Leute, die von der Sache eigentlich nicht betroffen waren." (Eine kleine Anmerkung zum Thema Experten: "Unsere Väter müssen doch alle Idioten gewesen sein, die haben die Gräben da gezogen wo das Wasser hinfloß. Heute schicken sie das Wasser den Berg hoch!"). "Wir durften nichts sagen, wir sind bearbeitet und nicht beraten worden. Wir haben aber sofort Krach geschlagen, wir lassen uns ja nicht so einfach unter den Teppich kehren."

Es wurden dann gleich Unterschriften gegen die Flurbereinigung gesammelt und an das Amt für Flurbereinigung geschickt. Dort nahm man davon aber gar keine Notiz. Und die Gegner waren auch im Herbst 1976, als eine "Aufklärungsversammlung" anberaumt worden war, nicht weniger geworden und wollten das durch eine Abstimmung zum Ausdruck bringen. Das wurde aber nicht zugelassen. Zwei "geschulte Leute" beobachteten jedoch die Stimmung im Saal und kamen zu dem Ergebnis, daß der Widerstand doch ganz schön groß sei. Somit hatten die allzu bekannten Auftritte, durch die den Betroffenen vorgetäuscht werden sollte, sie könnten mitreden, nicht verfangen. Es gab sogar Überlegungen, ein Treffen der in die Flurbereinigung einbezogenen Behörden (z.B. Bundesbahn, Naturschutz) durch eine Traktorsperre zu verhindern. Das wurde aber nicht in die Tat umgesetzt, weil die Landwirte erstmal alle sonstigen Mittel ausschöpfen wollten.



Nonnenbach bei Appelhülsen: Uferbaumbewuchs mit Pappeln und Kopfweiden



Kleiner Bach bei Buldern während des Ausbaus: Uferbefestigung mit Rollrasen, Pflöcken und Flechtmatten.

MAN KANN AUCH MIT DEM AMTSSCHIMMEL FERTIG WERDEN

Fast 380 Unterschriften, das entspricht 80 % der geplanten Flurbereinigungsfläche, wurden gesammelt, um einen Anwalt zu bevollmächtigen und Einspruch einzulegen. Der eine oder andere sprang dann wohl ab, z.B. weil er mit einer kleinen Baufirma zu tun hat, die von der Flurbereinigung gut 10 Jahre profitieren könnte. Dafür kamen dann aber wieder andere hinzu, sodaß der Einspruch, als er am 5.10.77 der Behörde in Münster übergeben wurde, auf einer soliden Grundlage stand. Das merkten auch die Flurbereiniger und nahmen sich für die Abordnung der Landwirte vier statt der vorgesehenen zwei Stunden Zeit. "Wenn die gedacht hätten, daß sie es mit uns einfach gehabt hätten, hätten sie uns gleich wieder weggeschickt. Das nächste Mal nehmen wir Proviant mit. Der Einspruch kostet Geld, aber wir haben denen gleich gesagt, wenn da was kommt, wird's nur noch schlimmer, dann soll sich der Gerichtsvollzieher mal ein paar kranke Ferkel einsammeln. Bis jetzt ist nichts gekommen."

Da das von der Flurbereinigung angeforderte Gutachten eigentlich garnicht für eine Flurbereinigung spricht und die Landwirte alle angeführten Gründe mit sehr klaren Argumenten widerlegen können, stehen die Chancen eigentlich nicht schlecht. Allerdings gelten die Richter als sehr flurbereinigungsfreundlich und die zahlreichen Beamten und Angestellten der Flurbereinigungsbehörde haben ein handfestes Interesse, die Flurbereinigung bis in alle Ewigkeit durchzuziehen - sie wären ja sonst arbeitslos. Die Landwirte macht das nicht bange: "Wir haben einen langen Atem, auch finanziell, und dann ist es immer noch billiger als die Flurbereinigung."

Bisher hat die Flurbereinigungsbehörde nicht auf den Einspruch reagiert. Anfang Januar versuchte sie allerdings, sich die Landwirte einzeln vorzuknöpfen. In einem Schreiben, das ziemlich offiziell aussah, aber keine Rechtsgrundlage hat, wurden die Landwirte einzeln, im Abstand von einer Viertelstunde in eine Gaststätte vorgeladen. Die Amtsmenschen, die dann dort zwei Tage abgesessen haben und nur einige Neugierige oder die wenigen Befürworter zu Gesicht bekamen, werden dann auch wohl gemerkt haben, daß die Gegner einen Boykott abgesprochen hatten. Das kommt davon, wenn man nur sich selbst für fachwissend und die Betroffenen für dumm hält.

Von denen, die ihre Pöstchen zur Durchsetzung der Flurbereinigung nutzen wollen, oder umgekehrt vielleicht ihr Pöstchen durch die Flurbereinigung ausbauen wollen, "sind jetzt zwei dabei weg." Ende Januar stand die Wahl der Ortslandwirte in Lienen und Kattenvenne an. Die Beteiligung war ungewohnt groß und die Befürworter "sind richtig untergegangen".

Da die Gegner der Flurbereinigung in der lokalen Presse, einem Ableger der Westfälischen Nachrichten, bis auf einen Artikel von Prof. Töllner - "der hat wohl auch andere Beziehungen" - nichts unterbringen konnten und Leserbriefe nicht abgedruckt wurden, entschlossen sie sich, eine Anzeige aufzugeben. Dabei machten sie noch schlechtere Erfahrungen als der Arbeitskreis Umwelt mit der Todesanzeige für Hartmut Gründler: Herr Hoppe von der Anzeigenabteilung der WN aus Münster versuchte geradewegs, ihnen die Anzeige auszureden. "Der erste Satz hat ihn gleich aufgebracht." Nach einigen Telefongesprächen erschien die Anzeige dann doch am 28. Januar dieses Jahres und hat schon einige positive Reaktionen gebracht. Da noch keine Stellungnahme zum Einspruch vorliegt, wollen die Landwirte mit der Einschaltung überregionaler Medien, Fernsehen usw. erst mal abwarten. In der Zwischenzeit treffen sie sich jedoch regelmäßig und besprechen die anstehenden Fragen. Und, das sagen sie selbst: "Der Widerstand wächst."

ANZEIGE DER GEGNER DER FLURBEREINIGUNG

FLURBEREINIGUNG LIENEN – KATTENVENNE

1. Wenn auf dem Territorium des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland noch demokratische Verhältnisse herrschen, bekommt Lienen keine Flurbereinigung.
2. Über 370 Bauern und Grundbesitzer haben gegen die Abordnung des Verfahrens Einspruch erhoben. Sie vertreten über 80 % der Nutzfläche im Flurbereinigungsgebiet.
3. Das Amt für Agrarordnung in Münster konnte am 5. Oktober 1977 in einer Aussprache mit Gegnern deren Argumente nicht widerlegen. Diese Behörde konnte auch keinen zwingenden Grund für die erfolgte Anordnung nennen. Eine von den Gegnern seit ca. 2 Jahren geforderte Kosten–Nutzen–Analyse ist bis heute von keiner Behörde geliefert worden.
4. Das Verfahren soll 21 Mill. DM kosten. Ohne wirtschaftlichen Nutzen = Geldverschwendung. 80 % der Kosten werden vom Steuerzahler aufgebracht, also auch Arbeiter und Angestellte werden zur Kasse gebeten.
5. Wegen einiger Kilometer Straßenbegradigungen und Straßenneubau, der durch bessere Planung noch verkürzt werden kann, darf nicht die ganze Gemeinde auf den Kopf gestellt werden.
6. Durch Flurbereinigungen werden fast alle freilebenden Tierarten in Reservate (Feuchtgebiete) verdrängt. Ob das zu ihrer Erhaltung ausreicht, steht in den Sternen.
7. Flurbereinigungen in der heutigen Form werden in wenigen Jahren der Kategorie "Umweltverbrechen" zugeordnet werden.
8. Zu all diesen Dingen schweigen die Parteien und Politiker.
9. Bauern, Grundbesitzer, Natur- Umweltschützer und Heimatfreunde müssen sich zu gemeinsamen Gesprächen zusammenfinden. Diesen Gesprächen müssen Taten folgen.
10. Für Behörden und staatlich gesteuerte Verbände gilt zur Zeit scheinbar folgender Satz aus dem Heft Nr. 35 der Schriftenreihe für Flurbereinigung: "Wer neue betriebswirtschaftliche Ziele setzen und sie durch andere verwirklicht und zum Erfolg geführt sehen will, muß gläubige Bauern vorfinden oder sie gewissermaßen durch seelsorgerische Betreuung zum Glauben und entsprechenden Handeln bringen."
Herausgeber der Schriftenreihe für Flurbereinigung ist das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hiermit möchten wir alle Interessenten - Bauern und Landwirte informieren.

Die Gegner der Flurbereinigung Lienen- Kattenvenne.
Im Auftrag: Ewald Kottkamp, 4543 Lienen-Kattenvenne 22.

FLURBEREINIGUNG – WAS IST DAS?

Die Flurbereinigung beinhaltet einen Gewässerplan, nach dem Böden mit stauender Nässe entwässert und offene Kanäle sowie Bäche einer Korrektur unterworfen werden. In vielen Fällen, wenn die nötige Umsicht vorhanden ist, sind diese Maßnahmen positiv. Oft aber werden dabei z.B. auch Gehölze an Bachufern entfernt und nicht wieder neu angepflanzt. Hinzu kommt die Absenkung des Grundwassers und ein rascherer Abfluß der Niederschläge überhaupt. In niederschlagsreichen Perioden führt dies zu übermäßigen Hochwasserspitzen, in Trockenperioden u.U. zur nachteiligen Austrocknung von Wiesen und Feldern. Daneben entfällt die Gliederung der Landschaft durch die Bachvegetation. Die Landschaft wird kahl und verliert ihren Reiz.
Neben dem Gewässerplan wird auch ein Wegeplan erstellt, um die Gemarkungsteile besser erschließen zu können. Alte Wege, deren Entstehung zufällig war oder die einer besonderen Rechtslage ensprochen hatten, verschwinden und werden oft durch sehr schematische Wegenetze ersetzt, wobei keinesfalls unbedingt für die Bewirtschaftung Vorteile erbracht werden.

DIE BÜROKRATEN SIND LOS!

MÜNSTER
11. Februar

Das Grüne Blatt, eine Umweltzeitung für Münster und Umgebung, hat im Dezember die Atomkraft-Nein–Danke-Sonne "exklusiv und zum ersten Mal von hinten" gebracht - mit Zöpfen und spiegelverkehrter Schrift. Wir schickten auch an die BI Lübeck ein Exemplar. Die hat ja bekannterweise den Alleinvertretungsanspruch "hinsichtlich des Symbols der lachenden Sonne". Jetzt sollen wir eine "Unterwerfungserklärung" abliefern, daß wir das nicht noch mal tun, nämlich das geschützte Geschmacksmuster mißbrauchen oder verunstalten. Und wenn wir uns nicht zusammennehmen können, soll das dann 3.000 DM "Konventionalstrafe" kosten. So oder so kostet die Bemühung des Rechtsanwalts, der auch in der BI ist, 349 DM.

Wie aus einem Telefongespräch hervorgeht, fallen unter diese Phantasiekontrolle alle grinsenden und lachenden Sonnen, mit und ohne Faust, mit Händen in der Tasche usw. Und entsprechend viel hat der Anwalt auch zu tun. Und "weil die Dänen das so wollen", wird alles über einen Kamm geschoren: BIs, die die Sonne zum Kampf gegen AKWs einsetzen (dafür ist sie ja wohl da) und Karstadt oder irgendwelche Kommerzheinis, die ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen.

Um eine Unterscheidung durchzusetzen - sonst darf man Transparente ja nur noch mit 3.000 DM in der Tasche malen - bitten wir alle, die schon mal liebe Post aus Lübeck bekommen haben, sich mal kurz an die untenstehende Adresse zu wenden. Aber nicht per Anwalt! Wir sind nicht die VEW!

Grünes Blatt, c/o Christoph Busch, Raesfeldstr. 72, 44 Münster

WAS KOSTET DIE DEMONTAGE EINES AUSGEDIENTEN KERNKRAFTWERKES?

BOCHUM
14. Feb. 78

In einer Forschungsarbeit am Lehrstuhl für Reaktortechnik in Bochum untersuchte der wissenschaftliche Assistent Dr. Winfried Buschmann die technische Möglichkeiten und die anfallenden Kosten für die Demontage eines Druckwasserreaktors. Als Beispiel verwandte er das Kernkraftwerk Obrigheim,

das 1969 in Betrieb genommen wurden und dessen elektrische Bruttoleistung 345 Megawatt beträgt.

Ausgehend von einer Lebensdauer von 30 Jahren empfiehlt der Forscher als "sinnvolle und wirtschaftliche Lösung" die Einlagerung des Kernstückes der Anlage in eine wasserdichte, unterirdische Betonkaverne in der unmittelbaren Nähe des Werkes. Die Oberkante der 1,20 m dicken Gefäßdecke sollte vier Meter unter der Erdoberfläche liegen. Bei der Demontage in unzerlegtem Zustand blieben die "höherstrahlenden Einbauten" eingeschlossen und abgeschirmt. Weniger problematisch sieht Buschmann die Beseitigung der Anlageteile, die an der inneren Oberfläche weniger radioaktiv verschmutzt sind. Dieser schwach schwach strahlende Abfall könne "nach bewährter Methode" in Fässer verfrachtet und in ausgedienten Salzbergwerken gelagert werden.



Nach rund 40 Jahren Betrieb würde die Beseitigung des AKW-AKW-Obrigheim auf der Preisbasis von 1975 ca. 67 Millionen DM kosten. Der Abbau unter "vertretbarer Strahlenbelastung" würde zweieinahlb Jahre dauern und den Einsatz von bis zu 720 "Demonteuren" erfordern. Die Kosten einer vollständigen Stillegung bezifferte der Wissenschaftler auf rund 26 Millionen DM. Untersucht wurde auch eine nur teilweise Demontage des unteren Hauptgebäudes samt Reaktordruckbehälter mit Betondecke und Erdhügel. Die Kosten betragen bei sofortiger Stilllegung 58 Millionen DM und nach 15 Jahren rund 32 Millionen DM.

Fände keinerlei Abbau statt, würde man das Kraftwerk also stehen lassen, würden Verschluß und Überwachung über 130 Jahre nahezu 70 Millionen DM erfordern.

INFORMATIONEN ZUM STROMPREISBOYKOTT

HESKEM/MARBURG
16. Februar

Initiativen zum Strom-teil-zahlungsboykott haben sich vom 6. bis 8. Januar in Heskem/Marburg zum Informationsaustausch getroffen. Das nächste Bundestreffen ist im Mai '78 in Heskem. Die folgenden Informationen stammen aus den Protokollen vom Januartreffen:

OLDENBURG: Gruppe von der BI (Bürgerinitiative) besteht seit Anfang 77, erstellte eine Info-Broschüre und war beim Oldenburger Anti-Atom-Fest mit einem Stand dabei – ohne Resonanz. Seitdem ist der Verlauf schleppend, es soll aber weitergehen. Ein Beginn des Boykotts ist noch nicht abzusehen.

Kontakt: Gus Skierlo, Haarenstr. 53, 2900 Oldenburg, 044 0441/16801.

DORTMUND, SOEST + HAMM: (aus BI) seit ca. 1 Jahr aktiv, vorbereitete Flugblätter und 1 Manifest wurden mangels Zulauf bisher nicht gedruckt, die Reaktion in der BI war sehr zurückhaltend. In Hamm will man verstärkt mit anderen Umweltschutzgruppen zusammenarbeiten, um aus der Isolierung zu kommen. „Die Stromzahlungsverweigerung sehen wir als Alternative zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Brokdorf und Grohnde ... (sie) soll eine den Bürgern gemäße Form des Widerstandes sein."

Kontakt: Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 4600 Dortmund 1, 0231/10 46 94 (Boykottbroschüre)

MARBURG:(BI) seit Anfang 77, Gruppe hat zwecks gründlicher Vorbereitung eine Umfrage in den Marburger Haushalten gestartet; außerdem Kontaktaufnahme mit „Multiplikatoren" (Pastoren), sowie einem Rechtsanwalt. Bisher keine Resonanz berichtet.

Kontakt: Sigrid Giese + Sabine Dornbusch, Sudetenstr. 4, 3550 Marburg, 06421/43 08 9

DARMSTADT:(undogmatische Linke – Sozialistisches Zentrum), seit Nov. 77, stecken noch in den Vorarbeiten,d.h. sammeln und auswerten von Informationen (Rechtslage etc.). Man sieht den ‚Strobo' als eine mögliche Form politischen Widerstands, will ihn also in einen weiteren ges. Zusammenhang stellen. (Taktische?) Zielgruppen: Bekannte AKW-Gegner, „bürgernahe" Gruppen.

Kontakt: Martin Heuser, Saalbaustr. 24, 6100 Darmstadt.

FRANKFURT: (Gewaltfreie Aktion) seit April 77; die Gruppe hat bisher Flugblätter und Infos in einer Auflage von insgesamt 15.000 unters Volk gebracht, v.a. an diverse politische Gruppen; mehrere öffentliche Treffen (25-50 Leute); in alternative Stadtzeitungen veröffentlicht. Reaktionen waren meist skeptisch, unsicher vor allem hinsichtlich der juristischen Folgen, die Stadtteilgruppen seien wenig diskussionsfreudig, Frauengruppen dagegen bemerkenswert interessiert gewesen. Als besondere Hindernisse werden gesehen: Das erforderliche Heraustreten aus der Anonymität (Eigennamen); Übernahme eines langfristigen Risikos; die Möglichkeiten eines Prozesse und der Stromabstellung. Als besonders wichtig stellten sich Mundpropaganda und persönlicher Kontakt heraus, sowie 4-6 wöchige Treffen, zwecks flüssigem Austausch. Bisher haben sich ca. 200 Haushalte zum Boykott bereiterklärt. Die Finanzierung erfolgt über den Verkauf von AKW-Plaketten. (Auch von sinkender Arbeitsmoral ist am Rande die Rede.)

Kontakt: Gewaltfreie Aktion Frankfurt, c/o Klaus Haas, Bornheimer Landstr. 64, 0611/49 30 54

ERLANGEN: Joachim Nanninga, Fichtestr. 47, 8520 Erlangen, 09131/28354

HAMBURG: Aus Hamburg (siehe ID 205, 203) kann optimistische Stimmung und Ansteigen der beteiligten Haushalte auf ca. 400 gemeldet werden.

Kontakt: Gewaltfreie Aktion + Kirche, ‚Kein AKW mit unserem Geld' c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, 040/777 957

STUTTGART: Initiativgruppe besteht seit Juni 77 (heute ca. 10 Leute). Seit Oktober 77 Öffentlichkeitsarbeit in Form von Flugblättern, Plakate, Veranstaltungen. Angesprochen wurde bisher hauptsächlich die „Scene" (Anti-AKW-). Die Initiativgruppe bildete sich innerhalb der Gewaltfreien BI Stuttgart als Arbeitsgruppe, deshalb versuchten wir auch zuerst innerhalb der BI Boykotthaushalte zu werben. Der Erfolg dort war mäßig, Gegenargumente waren: verkehrte Stoßrichtung (K-Gruppen), keine Möglichkeit auf Strom zu verzichten, keine Zeit mitzumachen, Sinn der Aktion sei schwer zu vermitteln, nötige oder angestrebte Teilnehmerzahl sei nicht zu erreichen (wir gingen von 500 Boykotthaushalten aus). Einige Gegenargumente waren offensichtlich als Abwehr gebraucht, weil diese Aktionsform von jedem Teilnehmer ein hohes Maß an Mitverantwortung und Identifikation mit den Zielen verlangt. Bisher sind wir 40 Boykotthaushalte. Ende Januar werden wir auf einer Vollversammlung das weitere Vorgehen beschließen. Die Öffentlichkeitsarbeit läuft jetzt verstärkt weiter, nicht nur mit dem Ziel weitere Haushalte zu gewinnen, sondern den Begriff Stromzahlungsboykott in das Bewußtsein der Stuttgarter Bevölkerung zu bringen.

Kontakt: Strobogruppe c/o Birgit Müller, Heinrich-Baumann-Str. 33, Tel. 26 06 54 Stuttgart

ZUSAMMENGEFASSTE EINSCHÄTZUNG: Zur Zeit befinden sich die meisten BI's in einer Orientierungsphase, ausgelöst dadurch, daß spätestens nach Kalkar der Sinn oder zumindest die Organisierbarkeit von Großaktionen in Frage gestellt wird. In dieser Situation sind BI's hauptsächlich mit Prozessen und mit Diskussionen über „Grüne Listen" beschäftigt, d.h. eine offensive Öffentlichkeitsarbeit wird nicht geleistet. Obwohl der Stromzahlungsboykott sich als neue Aktionsform anbietet, wird wird er bisher von den BI's kaum aufgegriffen. Ursachen dafür scheinen uns folgende Punkte zu sein:

1. BI's sind noch sehr stark fixiert auf Mittel und Methoden, die kurzfristig einen großen Effekt erzielen.
2. Die „Angst vor dem Computer" hindert vor allem linke AKW-Gegner an der Aktion teilzunehmen, da sie , im Gegensatz zu anonymen Massendemonstrationen etwa, als Individuen mit vollem Namen auftreten müssen.
3. Es wird bezweifelt, daß der Arbeitseinsatz für diese Aktion in einem angemessenen Verhältnis zum möglichen Effekt steht. Das wird begünstigt durch die Einschätzung, daß ein direkter Erfolg nicht zu erwarten ist.
4. Viele, die keinen eigenen Stromzähler haben, können mit der Aktion nichts anfangen.
5. Weiterhin sind einfach viele irrationale Widerstände bei AKW-Gegnern zu finden.

Obwohl der Stromzahlungsboykott aus dem normalen Alltag heraus abläuft, statt „Wochenendtourismus", und sich deshalb gerade für breitere Kreise innerhalb der Anti-AKW-Bewegung eignet, hat er bislang nicht den erwarteten Anklang gefunden. Das liegt unter Umständen daran, daß der zivile Ungehorsam als Aktionsform in der BRD relativ unbekannt ist.

Ausgehend von der momentanen Situation in Göttingen und Frankfurt, haben wir uns mit einem Vorschlag beschäftigt, der auch relativ kleinen Boykottgruppen eine wirkungsvolle Aktion ermöglichen soll. Der Vorschlag beinhaltet, daß eine kleine Gruppe von Boykotteuren mit der Verweigerung beginnt und weitere Gruppen einsetzen, wenn z.B. die ersten Prozesse anlaufen. Dieses Eskalationsmodell kann durch zahlreiche Varianten modifiziert werden, so zum Beispiel dadurch, daß eine Gruppe von Pastoren den Boykott beginnt oder daß Solidaritätsaktionen in Form von Stromzahlungsverkehrsstörungen stattfinden.

Da der Stromzahlungsboykott sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in Bezug auf seine Wirksamkeit begrenzt ist, zeigte uns mehr denn je die Notwendigkeit ihn in andere Aktionsformen einzubinden. Als Möglichkeiten wurden folgende Aktionen diskutiert:

- Aluminiumaktion
- Propagierung von bewußtem Energiekonsum
- Konkrete Alternativen schaffen: alternative Energie, Genossenschaften...

Es ist wichtig den Stromzahlungsboykott nicht als isolierte Kampfform zu sehen, sondern ihn in eine Gesamtstrategie zu integrieren.

DER AKTUELLE STAND DER GROHNDE-PROZESSE

HAMELN, HANNOVER
10. FEBRUAR

Der Ermittlungsausschuß der BI Hameln führt den Grohnde-Prozeßkalender fort:

5.2. Nochmals Treff von ca. 10 BI's in Hannover, um über die Demonstration am 25.2. in Hannover zu reden. Es tauchte immer wieder die Frage auf, ob wir das überhaupt bis dahin schaffen, die Leute zu mobilisieren, da die Demo in vielen BI's noch gar nicht diskutiert wurde. Wir haben dann aber gesagt, daß wir die Demo auch nicht ewig verschieben können, da sonst die ersten vielleicht dann schon verurteilt sind. Außerdem weiß man nicht, ob bei weiteren Vorbereitungstreffen mehr BI's kommen, was hinterher in einem Frusterlebnis enden könnte. Zum letzten Bericht im ID 216 noch ein paar Veränderungen: Die Demonstration soll um 11.30 Uhr anfangen, die Veranstaltung nach der Demo findet um 18.00 Uhr im Raschplatzpavillon statt. Jede Stadt sollte sich außerdem überlegen, wie wir praktischen Widerstand während der Demo und nach der Demo verwirklichen, damit es kein Trauermarsch wird. Außerdem soll sich jede Stadt überlegen, was sie macht, wenn die Bullen genauso kontrollieren, wie in Kalkar.

ZUM ABLAUF DER DEMONSTRATION

9 Uhr	Bürgerinitiativen und Gruppen aus der weiteren Umgebung Hannovers machen Büchertische, Infostände, Theater etc. in den verschiedenen Stadtteilen und verteilen Flugblätter **(Kontakt 0511/311 826)**.
11 Uhr	Alle Demonstrationsteilnehmer sammeln sich auf dem Kröpcke! Bildung des Demo-Zuges. Bringt viele Transparente und Lieder (Musikgruppen) mit.
13 Uhr	Abschlußkundgebung! Redner: ein Grohnde-Angeklagter, ein Verteidiger, Heinz Brandt und Robert Jungk.
15 Uhr	Wahlkongreß der Wählergemeinschaft Atomkraft–Nein Danke (WGA) Hameln/Bad Pyrmont. (Pädagogische Hochschule Hannover)
17 Uhr	Solidaritätsveranstaltung: Theater, Musik, Film, Info-Börse, aber auch Vorträge und Diskussionen über die Prozesse und den weiteren Kampf gegen das Atomprogramm **(Vorschläge 0421/327 530)**.

7.2. Dritter Termin gegen Gerhard S. Als erstes wird dem Antrag stattgegeben, daß die Polizei in Zukunft die Zuschauer nicht mehr photographieren darf. Danach wird ein Einstellungsantrag gestellt. Gerd begründet ihn in einer ca. 3 Stunden langen Erklärung. Er beschreibt die Gefahren des AKW's und die Aufrüstung des Atomstaats dadurch. Er meint, daß eigendlich der Staatsanwalt auf die Anklagebank gehört wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Sein Rechtsanwalt nahm dann noch zur Vorverurteilung Stellung. Der Staatsanwalt meint, das Gerd kein Widerstandsrecht gehabt hätte, sondern das Faustrecht angewendet hat. Der Antrag wird abgelehnt. Nächster Termin am 13.2.

7.2. Erster Termin gegen Linda E. aus Bremen vor dem Amtsgericht in Hameln. Die Zuschauerkontrollen dauern hier noch länger als in Hannover. Auf Antrag der Verteidigung werden sie dann auch entschärft. Dann wird Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gestellt, wozu der Richter meint, dieser Antrag sei doch gar nicht nötig, da der Haftbefehl mit Lindas Erscheinen automatisch aufgehoben sei. Nach Richtigstellung durch den Staatsanwalt wird die Aufhebung festgestellt. Zwischendurch erzählt der Richter, daß er am Sonnabendmorgen zwei Richtergestalten mit echten Schweinsköpfen drauf (in einem tickte es, ein Wecker) am Garteneingang gefunden hat. (siehe Bericht in diesem ID) Nach der Haftbefehlsaufhebung wird der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gestellt. Der Antrag wird abgelehnt. Nach der Mittagspause wird dann als erster Zeuge der Obereinsatzleiter vernommen, der aber praktisch ‚nichts' aussagt, da er eine Aussagebeschränkung hat. Der Richter wird zunehmend immer nervöser, sodaß er die Zuschauer nach einem Zwischenruf (‚das ist Unrecht, was hier geschieht') rausräumen ließ. Die Bullen setzten dabei Körpergewalt und Schlagstock ein. Nächster Termin am 13.2.

Grundlage für die folgenden Abschnitte sind die Prozeßberichte des Atom-Info-Zentrums in Hannover:

Vierter Termin gegen Andreas am 8.2.78:

Vernehmung von drei Polizei‚zeugen', Eggers, Piepho, Malz Eggers sagt, er habe genau gesehen, wie Andreas den Polizisten Laas mit einem Knüppel von der Seite gegen den Kopf geschlagen hat. Wie Andreas ausgesehen hat, weiß er an keinem Punkt mehr, nur noch, er habe einen Helm aufgehabt. In früheren Aussagen meinte der Zeuge, sowohl Demonstranten , wie auch Polizei hätten Schulter an Schulter gestanden. Dies bestritt er heute. Richter und Staatsanwalt gaben ihm recht. Darauf beantragt RA Tonbandprotokoll der Zeugenaussagen, was abgelehnt wird. Der Schlag, bei dem Laas angeblich bewußtlos wurde, hinterließ laut ärztlichem Attest vom 28.3.77 eine 3 mm lange Schürfwunde und sonst nichts. Erklärungen des RA und des Angeklagten zu der Ablehnung von Sachverständigen, werden nicht gestattet, das Wort wird beiden entzogen. Auf den Zwischenruf ‚Das Gericht ist unwahrscheinlich unparteiisch, oder nicht?' wird Eva rausgeschmissen - 150.- DM Strafe. Begründung: Sie habe dies gerufen und das Gegenteil gemeint. Während das Gericht zur Beratung außerhalb des Saales ist, wird für die Bezahlung der Strafe gesammelt. Es kommen 116.- DM zusammen. Piepho macht andere Angaben zum Ort des Geschehens, als Eggers, ebenfalls Malz. Piepho und Malz haben keinen Helm bei Andreas gesehen. Malz weiß nicht, ob es Andreas überhaupt war... Der Antrag auf Zusammenlegung aller Grohnde-Prozesse wird abgelehnt. Der Staatsanwalt dazu: Die Straftaten sind verschiedene. Die Sache ist zwar die gleiche - aber man würde auch nicht alle Diebstähle auf einmal verhandeln. Die Verteidigung kündigt die Ladung einer Reihe von sachverständigen Zeugen an.

Vierter Termin gegen Eso (H. Oldefest) am 9.2.78
Passive Toleranz?

Auch an diesem Tag ging es im alt gewohnten Trott weiter. Es wurde zunächst einmal ein erneuter Antrag auf Zusammenlegung gestellt, welchen sie in gewohnter Weise abgelehnt haben. Ferner wurde der Antrag auf Entfernung des Vertreters des Regierungspräsidenten von der Pressebank abgelehnt. Dann begann die Vernehmung des Führers der 7. Hundertschaft, Quader. Dank des Geleitschutzes von Staatsanwalt und vorsitzenden Richter, sowie der Rückendeckung der Aussagegenehmigung gelang es, keinen Schiffbruch zu erleiden. Sobald die Fragen gezielter auf die Hintergründe der Vorbereitung seitens der Polizei zur Demo ging, wurde die Aussage verweigert. Ebenso wurden die Fragen zur Ausrüstung und Taktik nicht beantwortet. Quader redete oft von der ‚passiven Toleranz'. Auch der Gesamteinsatzleiter Juretzki verstand es die Klippen zu umschiffen. Er schilderte das Aufgeben der Polizeisperren (Kirchohsen und Grohnde) als Verhältnismäßigkeit der Mittel, welche die Polizei bei der Gesamt-Demo angewendet habe. Sicherlich sei man gezwungen gewesen, den Schlagstock zu gebrauchen, da die vorrückenden Ketten der Polizisten von Störern angegriffen wurden. Ferner wußte Juretzki, daß Feuerlöscher und Eisenstangen von der Polizei eingesetzt worden sind. Er konnte keine Erklärung darüber abgeben, wie diese Sachen dort hingekommen sind. Auch von den angeblichen Toten war er unterrichtet. Ferner waren seine Anregungen mit entscheidend für den Einsatz des BGS in Grohnde.

Fünfter Verhandlungstag gegen Rüdiger am 10.2.78

Der Zuschauerraum ist voll, aber keine weiteren Leute vor dem Gericht. Rüdiger beantragt als erstes die Aufhebung des Haftbefehls. Alle anderen Haftbefehle seien mittlerweile aufgehoben worden, weil ihre Haltlosigkeit offenkundig geworden sei. Nach dem OLG-Beschluß ist nur noch Rüdigers Gesinnung Haftgrund, das Gericht hat sich nicht die Mühe gemacht, weitere Gründe für die Fluchtgefahr zu konstruieren. Nach Fragen, ob Rüdiger den Meldeauflagen nachgekommen sei, zieht sich das Gericht eine Stunde zur Beratung zurück und erklärt den Haftbefehl für aufgehoben.

Danach gibt Rüdiger eine einstündige Erklärung zur Anklageschrift ab, in der er zum einen auf seine persönliche Entwicklung eingeht, zum anderen auf die Gefährlichkeit von AKW's das Vorgehen der Polizei am 19.3. und die Umstände seiner Verhaftung sowie auf die Entwicklung der BRD zum Polizeistaat. (Diese Erklärung soll an anderer Stelle veröffentlicht werden)

Im Zusammenhang mit dem brutalen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten, u.a. auch gegen Rü., hatte Rü. dargestellt, daß mehrere Strafanzeigen gegen Polizisten niedergeschlagen worden seien. Der Staatsanwalt fragt Rü., ob er denn selbst eine Strafanzeige gestellt hätte, was Rü. verneint. Der SA behauptet, es habe nur eine niedergeschlagene Strafanzeige gegeben, ein Ermittlungsverfahren gegen einen Polizisten würde noch laufen.

(Zur Information: Das Ermittlungsverfahren gegen die Polizisten, die den Kieler Betriebsrat Woitalla in Brokdorf lebensgefährlich verletzt haben — W. befindet sich heute noch in einer Klinik — ist eingestellt worden. Die Dienstaufsichtsbeschwerden der Rechtsanwälte zum 19.3. und des EA Hannover zum Polizeieinsatz am 20.3. sind abschlägig beschieden wor-

den, der Staatsanwalt — zuständig: Borchers — hat keine Ermittlungen angestellt. Beispiel dafür: die Beschwerde eines AKW-Gegners, der am 20.3. niedergeschlagen wurde, dem dann von einem Polizisten der Kopf festgehalten wurde, damit ihm ein anderer ais einem halben Meter Entfernung mit der Chemischen Keule ins Gesicht schießen konnte, wird so beantwortet: Dazu sei keine ausführliche Stellungnahme möglich, da der AKW-Gegner die Polizisten nicht identifiziert habe. Solche Vorfälle seien jedoch von der Polizei nicht beobachtet worden, einen Einsatz von Chemischen Reizstoffen habe es nicht gegeben!)
Zu den konkreten Vorwürfen macht Rü, keine Aussage. Ein Attest über die Verletzungen, die ihm nach der Verhaftung zugefügt wurden (Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung, schwere Prellungen) kann er vorlegen.
Nachmittags stellt Rü. den Antrag, den Zwangsverteidiger Erlhoff zu entpflichten, dieser fordert selbst das Gericht auf, zu überprüfen "ob seine Anwesenheit hier erforderlich ist." Der Entpflichtungsantrag wird jedoch abgelehnt, weil der Staatsanwalt dagegen ist ...
Als ein Zuschauer "Nazi-Gericht" ruft, springt sofort ein Polizist auf und sagt "Das war Herr Schulz (= Jerry)". (Viele Zuschauer werden mittlerweile von den Polizisten namentlich bergüßt.) Weil diese "Identifizierung" (der Polizist saß drei Reihen hinter Jerry) allzu unglaubwürdig ist, "verzichtet" Rienhoff nach langem hin und her auf eine Ordnungsstrafe, ordnet aber an, daß „zwei Polizeibeamte auf der Anklagebank Platz nehmen sollen" (großer Beifall), um die Zuschauer von vorn besser beobachten zu können.
Die Sitzung wird abrupt von Rienhoff abgebrochen

GASTSPIEL DES KATASTROPHENTHEATERS

BREMEN
2.Februar

Eine Erklärung, die überschrieben ist: Das Ensemble des Katastrophentheaters war auf Tournee. (Bei der Linda handelt es sich um Linda E. aus Bremen, die beim Grohnde-Prozeß in Hameln angeklagt ist — siehe auch: Der aktuelle Stand der Grohnde-Prozesse in diesem Heft).

„Nachdem Linda in der Nacht vom 13. auf den 14.1. nach der Vollversammlung der Bremer Bürgerinitiative ohne jegliche juristische Grundlage verhaftet wurde, empfanden wir Wut und Empörung, spürten aber auch unsere Betroffenheit und Ohnmacht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte jedem klar geworden sein, daß ein jeder, DU und ICH anstelle von Linda und den anderen Angeklagten in den Prozessen, deren Funktion die Kriminalisierung des gerechten Widerstandes gegen Atommordwerke ist, hätte stehen können.

Die spontanten Aktionen und Demos im Ostertor und tags darauf in der Innenstadt und beim Frauenknast in Blumenthal haben uns Mut gemacht, obwohl sie uns unsere Grenzen einmal mehr verdeutlicht haben.

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß wir unserer Betroffenheit über bloße Empörung hinweg Ausdruck geben müssen,um zu Widerstandsformen zu kommen, die die Grenzen, die uns in unserem Widerstand gesetzt sind, zu überwinden.

Wir wissen aufgrund unserer praktischen Erfahrung, daß wir uns die Bedingungen, unter denen wir Widerstand leisten, nicht vorschreiben lassen dürfen, sondern die Bedingungen selbst bestimmen müssen.

Der Ausgangspunkt unserer Aktion war die Überlegung, wie wir gegen verantwortliche Justizvertreter, die in diesen Prozessen auftreten, vorgehen können. In diesem Fall gegen den, der für die Ausstellung des Haftbefehls gegen Linda verantwortlich zeichnet. Angemessen erschien es uns, den Richter dem Hohn und Spott auszusetzen.

Das Problem war, diese Überlegung praktisch umzusetzen. Am bezeichnensten erschien uns die ‚plastische Umsetzung' des Klischees vom Richter, das in diesem System zu Recht existiert. Wir mußten ihm also, seiner Funktion entsprechend, das richtige Aussehen verschaffen.

So haben wir zwei Richter, von der Straße her gut sichtbar, in Hameln in Ellerbrocks Garten untergebracht; einen hängend, einen stehend. Die Richtersymbole, ausgestattet mit schlachtfrischen Schweinsköpfen, entsprachen in etwa der menschlichen Statur. Um zu verhindern, daß die ‚Ausstellungsstücke' klammheimlich aus dem ‚Vorhof der Wahrheit' entfernt und ins Kriminalmuseum abgeführt werden, haben wir unter der Robe vorsorglich ein laut tickendes Uhrwerk angebracht, das den Eindruck erwecken könnte, es handele sich um mehr als um eine Vorsorgemaßnahme. Wir teilen an dieser Stelle mit, daß in diesem Falle kein Anlaß zur Besorgnis bestand.

Im übrigen hat Herr Ellerbrock die Möglichkeit, sich direkt vor seiner Haustür mit unserer Forderung bekannt zu machen: KEINE PROZESSE GEGEN AKW-GEGNER.

„Wer wirklich betroffen ist, der/die überlegt sich, was er/sie tun kann."

FEHLGEBURTEN UND UMWELTSCH(M)UTZ ?

MOERS
30. Januar

Folgender Brief erreichte uns aus Moers:

„uns ist zu Ohren gekommen, daß im Raum Dinslaken die Fehlgeburtenrate des angebrochenen Jahres erstaunlich hoch ist. Wir fragen uns, ob evtl. ein Zusammenhang zwischen der Häufung der Fehlgeburten und der Luftverschmutzung besteht. Z.B. hat der Ingenieur Hans Bassfeld im Raum Dinslaken einen Sauerstoffluftgehalt von 17% gemessen (RP vom 25.1.78). Der normale Sauerstoffluftgehalt liegt bei 20 - 21%.
Wir glauben, daß vielleicht Zusammenhänge bestehen und es erscheint uns nicht so, als ob von staatlicher Seite Klärung zu erwarten sei (wie sollte es auch anders sein), da BP als Industriefirma sofort Gegenmessungen mit Normwerten lieferte. Trotzdem aber bleibt die hohe Zahl der Fehlgeburten.

Wir stehen dem ganzen Problem etwas hilflos gegenüber. Falls uns also jemand konkrete Informationen, Erfahrungen oder sonstige Hilfen dazu zukommen lassen kann, fänden wir das gut.

Kontaktadresse: Aragon-Buchvertrieb, Postfach 1710, 4130 Moers 1

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

ATOMWAFFEN IN LANGEN

LANGEN
16. Februar

Von der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen in Langen, unweit von Frankfurt:

Im Wald zwischen Langen und Mörfelden befindet sich ein Munitionsdepot der US-Armee. Dieses Depot hatte schon vor Jahren Aufsehen erregt, als sich am 17.8.1973 folgender Vorfall ereignete:
Auf dem Gelände des Munitionsdepots überschlug sich ein Jeep, wobei 2 Personen verletzt wurden. Die daraufhin eintreffende Polizei und ein Krankenwagen wurden durch US-Soldaten mit vorgehaltenen Waffen am Betreten des Geländes gehindert.
Jetzt wurde von der Langener Bürgerinitiative gegen Atomanlagen öffentlich gemacht, daß dort mit großer Wahrscheinlichkeit atomare Sprengsätze gelagert werden.
Die Reaktion der Politiker, des bundesdeutschen sowie des amerikanischen Militärs war geradezu lächerlich. Die Bürgermeister der Stadt Langen und Egelsbach erklärten, daß sie zum erstenmal davon hörten und definitiv keine Ahnung darüber hätten, was im Depot gelagert würde.
Das US-Militär ließ verlauten, daß auf Anweisung der Heidelberger Zentrale der US-Streitkräfte in Europa keine Auskunft darüber gegeben werden darf, was die US-Armee in ihrem Depot im Egelsbacher Wald lagert.
Interessant war auch die Antwort des Verteidigungsministeriums auf die Frage der Frankfurter Rundschau, ob überhaupt die lokalen Behörden darüber informiert werden, wo Atomwaffen in der BRD gelagert werden. Oberstleutnant Löhr erklärte, daß "bei der beabsichtigten Errichtung eines Depots für Atommunition lediglich die Bundesregierung von den Amerikanern informiert und konsultiert (wird)". (FR 17.1.78) Einige Zeit nach der Veröffentlichung der Bürgerinitiative gaben dann einige Beamte der Stadtverwaltung und Abgeordnete des Stadtparlaments zu verstehen, daß die Behauptung der Langener Bürgerinitiative „nicht aus der Luft gegriffen" sei und „einiges für sich hat". Die lokale Zeitung Dreieich-Spiegel schreibt: "Die Wahrheit nämlich"!!
Im übrigen muß damit gerechnet werden, daß bei einer abzusehenden Lagerung von Neutronenbomben in der BRD auch Langen nicht verschont bleiben wird. Durch die Veröffentlichung der Bürgerinitiative und der recht sachlichen Auseinandersetzung der lokalen Presse mit dem Atomwaffenlager, ist es gelungen, eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Diese gilt es nun für einen breiten Protest zu mobilisieren.

Keine Atom- Neutronen- oder sonstwelche Bomben in Langen und auch nicht anderswo!

Nehmt ihnen die Welt aus der Hand, ehe sie verbrannt!

Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Langen,
c/o Benny Peiser, Farnweg 63, 607 Langen

P.S. Falls sich jemand finden sollte, der noch irgendwelche Informationen zum Atomwaffenlager in Langen oder zu anderen Atomwaffenlager in unserer Umgebung (es soll noch etliche im Rhein-Main-Gebiet geben) soll sich an die o.a. Adresse wenden.

ROOS/SCHULZ – EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT
16.Februar

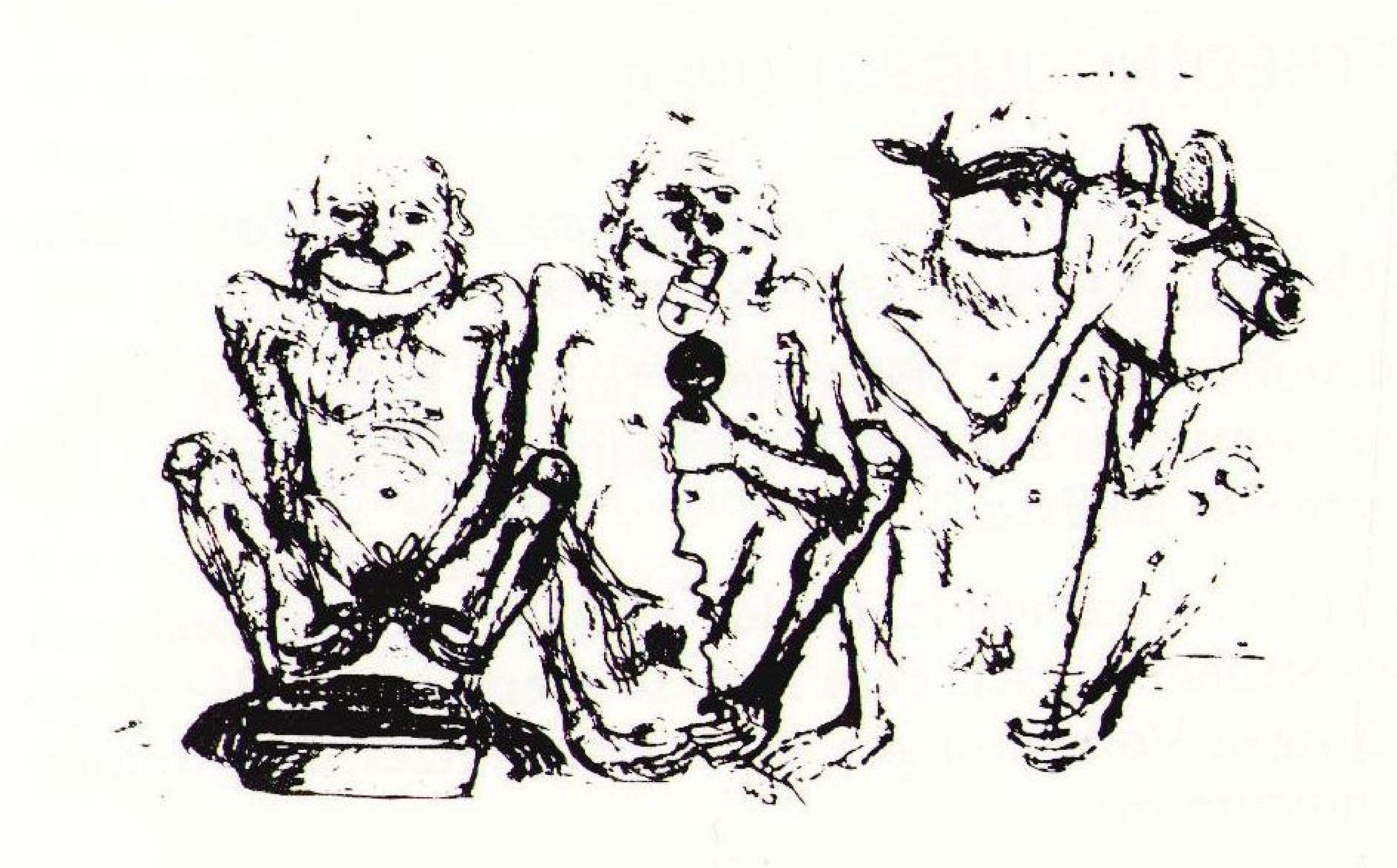
Am 10. und 15. Februar saß das Darmstädter Landgericht - 3. Strafkammer - wieder gegen Johannes Roos und Detlef Schulz zu Gericht. Beiden Angeklagten wird zur Last gelegt, gemeinsam mit einem unbekannten dritten Mann am 7. Mai 1976 an der Sprendlinger Kiesgrube den Polizeiwachtmeister Sippel erschossen und dessen Kollegen Korol verletzt zu haben. Ein damals 16jähriger Jugendlicher hatte seinerzeit eine Polizeistreife alarmiert, weil er meinte, im Wald einen Exhibitionisten gesehen zu haben. Bei der nachfolgenden Personenkontrolle kam es zu einer Schießerei. Sippel wurde durch eine 7,65er-Kugel, der gängigen Polizeimunition, getötet. Die Anklagevertreter stützten sich im Prozeß gegen Johannes Roos und Detelf Schulz vor allem auf Aussagen von Zeugen, die behaupten, beide bei dubiosen "Gegenüberstellungen" (siehe ID 198) als Täter wiedererkannt zu haben. Nachdem an den vorausgegangenen Verhandlungstagen der Polzist Korol ausgesagt hatte (ID 215), wurde jetzt der mittlerweile 18jährige Jugendliche - Bernd Spriestersbach - vernommen:

7. und 8. Verhandlungstag

"Nachdem bereits Polizeiwachtmeister Korol an Gedächtnisschwund gelitten hatte, mußte die Staatsanwaltschaft während der vergangenen beiden Tage auch noch den Niedergang ihres zweiten Hauptbelastungszeugen hinnehmen. Bernd Spriestersbach, der fast seine gesamte Aussage im Flüsterton machte, konnte sich an kaum etwas erinnern. Er war es, der seinerzeit Johannes Roos bei zwei aufeinanderfolgenden Gegenüberstellungen "sicher" identifiziet hatte. Im Gerichtssaal konnte er jedoch bei keinem der Anwesenden auch nur Ähnlichkeiten mit dem Mann, den er identifiziert hatte, entdecken. Sicher war er sich lediglich bei Detelf Schulz.
Im Dunkeln blieben auch die Widersprüche der Spriestersbach'schen Aussagen während seiner Mehrfachen polizeilichen und richterlichen Vernehmungen vor der jetzigen Hauptverhandlung. So beschrieb er den Täter, dessen Rolle die Staatsanwälte Johannes Roos zugedacht haben, in verschiedenen Protokollen jeweils unterschiedlich (lang- bis kurzhaarig, struppig, glatthaarig, dunkel und rothaarig, größer oder kleiner, bärtig oder glattrasiert, dick und dünn, mit verschiedenster Bewaffnung). Der Zeuge war einfach ein wahrhaft unsicherer Kandidat, der sich die Widersprüche seiner Aussagen selbst nicht erklären konnte. Alles sei so lange her, er wisse nichts emhr

konnte. Alles sei so lange her, er wisse nichts mehr, er habe alles verdrängt.
Nebenbei ergab die Befragung von Bernd Spriestersbach noch, daß es zumindest in Sprendlingen üblich ist, Tatortrekonstruktionen ohne aktive Mitwirkung der Zeugen zu inszenieren. Die stehen offentsichtlich nur daneben und gucken zu, wie auf der Wiese ein Produkt der Phantasie der rekonstruierenden Beamten entsteht.
Den Staatsanwälten Waldtschmidt und Rammelmayer schwammen sichtlich alle Felle davon. Sie schlugen z.B. vor, den Richter Schlottmann, der seinerzeit den Zeugen Spriestersbach vernonnommen hatte, zu laden. Und das, um zu beweisen, daß sich Spriestersbach irgendwann einmal besser erinnern konnte. Außerdem wünschen die beiden Ankläger eine Tatortbesichtigung. Auch das scheint das Gericht wenig zu begeistern (Vorsitzender Spahn: "Ich halte das ja eigentloch für überflüssig.").
Entschieden wird über d

Entschieden wird über beide Anträge am kommenden Verhandlungstag (17.2.78).



ANSTALTSLEITUNG VERWEIGERT SICH RICHTERBESCHLÜSSEN

Über den Verfall der Gewaltenteilung

BOCHUM 8. Feb. 78 Offensichtlich gerät dieser Garant rechtsstaatlicher Freiheitssicherung bei den Staatsschützern immer mehr in Vergessenheit.

So erhielt Manfred Adomeit vom zuständigen Ermittlungsrichter einen Beschluß vom 26. Januar, daß er in den sogenannten Normalvollzug kommen solle. M. Adomeit verlangte die Durchsetzung dieses Beschlusses und wurde daraufhin beim Anstaltsleiter vorgelassen. Der erklärte dann, der Beschluß sei nicht zu realisieren, da die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet seien und darüberhinaus die angeordnete Maßnahme für Leute aus seinem Täterkreis nicht vertretbar sei.

Aber auch schon in der Vergangenheit verfuhr die Anstaltsleitung nach eigener Konzeption. Vom zuständigen Gericht genehmigte Zeitschriften Post, persönliche Briefe wurden an den zuständigen Ermittlungsrichter wieder zurückgesandt, oder einfach nicht ausgehändigt. Ein Beschluß des Ermittlungsrichters, leicht kontrollierbare Gegenstände vom Anstaltsleiter genehmigen zu lassen, und sie dem Gefangenen gleich auszuhändigen, wurde stets so interpretiert, Sendungen dritter generell abzuweisen.

Da der Beschluß des BGH in Bochum sich offensichtlich nicht durchsetzen läßt, hat Manfred Adomeit beantragt, nach Frankental verlegt zu werden. Um diesem Antrag das entsprechende Gewicht zu verleihen, hat er am Mittwoch einen Hungerstreik begonnen.

Wie jetzt am 14.Februar von seinem Anwalt zu erfahren war, hat der zuständige Ermittlungsrichter die Einlassung der Anstaltsleitung verworfen und erneut die Überführung in den ,Normalvollzug' angeordnet.

Das Vorgehen der Anstaltsleitung ist es jetzt, diesen Beschluß zu unterlaufen; 4 Beamte begleiten Manfred Adomeit in die Kinovorstellung, die Mitgefangenen werden offensichtlich langwierigen Durchsuchungsprozeduren unterworfen, jedenfalls wird die Gruppe, mit der er Hofgang hat, immer kleiner.
Nach wie vor befindet sich Manfred Adomeit im Hungerstreik, um seine Verlegung nach Frankenthal und die Überführung in den Normalvollzug durchzusetzen.

Seine Adresse:
Manfred Adomeit, JVA Krummede 3, 4630 Bochum

Die Eigenmächtigkeit der Verwahrer und Schließer ist offensichtlich ein neuer Trend in der bundesdeutschen Rechtspflege. Erstmals trat er in dieser Deutlichkeit nach dem Tod Schleyers auf, als die zuständigen Richter die Aufhebung der Kontaktsperre anordneten und die Anstaltsleitungen sich schlichtweg weigerten und trotz Beschluß und wieder Beschluß nach wie vor Anwälte, Post und Besucher von den Gefangenen fern hielten.

HAFTBEDINGUNGSGRUPPE

KÖLN 13. Februar *Vom Unterstützungsbüro Roth/Otto erhielten wir folgende Information:*

„Zu den Morden von Stammheim fand in Köln eine Veranstaltung statt, aus der sich die Initiative „Gruppe gegen Haftbedingungen" bildete.

Grund sind die vernichtenden Haftbedingungen während und insbesondere nach dem Kontaktsperregesetz, die mordverdächtigen Vorkehrungen des Staatsschutzes, Selbstmorde zu verhindern etc..

An Arbeitspunkten heißt das konkret:

– Kontakt zu Gefangenen und Anwälten
– Kontakt zu linken Medien und anderen Knast- und Antirepressionsgruppen
– Herausgabe eines eigenen INFOS
– Aufbau eines Archivs

Grundlage ist aber die kritische Auseinandersetzung mit der politischen Theorie und Praxis dieser Genossen (innen) innerhalb und außerhalb des Knastes.

Unsere Arbeit schließt aber auch die „normalen" Knackies ein, denn auch die „Normalen" haben sich ein abweichendes Verhalten von den Regeln unserer bürgerlichen Ordnung zuschulden kommen lassen. Ob mehr oder weniger bewußt - die normalen Kriminellen sind politisch wie die Politischen kriminell sind. Ohne daß ein Hahn danach kräht, sind sie den gleichen perfiden Haftbedingungen ausgesetzt.

Zur Organisierung der Knastarbeit scheint uns der Vorschlag Knofos (Norbert Kröcher) diskussionswürdig:
„Die Knastarbeit kann ganz einfach nicht nur die Arbeit der RH sein, sondern sie muß zum tagespolitischenFaktor für alle linken Gruppen werden. Alle sind betroffen, jeder kann einfahren (wenn er soweit bewußt ist, daß er erkennt, daß das was im allgemeinen als linke Arbeit bezeichnet wird, notwendigerweise kriminell ist . Für wen sind denn die Gesetze gemacht, auf wen werden sie denn in Anschlag gebracht?). Also geht Knastarbeit alle an. Eine Betreuung der Gefangenen könnte ich mir sehr effektiv vorstellen, wenn sie von allen betrieben wird. Jede Wohngemeinschaft, jede Kommune, jeder Schulungszirkel, jede Stadtteilgruppe sollte einen oder mehrere Gefangene betreuen. Das Ding hat zwei gute Seiten. Zum einen ist die Gruppe durch ihr Knastpatenkind Teil des Kampfes im



"Was in der Hauptverhandlung am meisten stört ist die Anwesenheit des Angeklagten und seines Verteidigers."

kleinen und großen Knast, die Knastarbeit wird dadurch wesentlich dezentralisierter und demnach weniger leicht angreifbar, und zum anderen ist der Gefangene durch den Kontakt mit „seiner" Gruppe am Kampf im großen Knast beteiligt, wird informiert was läuft, kann an der Diskussion teilnehmen, ist Teil des Ganzen. Großer Knast, kleiner Knast - eine Einheit."

Als totes Relais sind wir noch nicht dem lebendigen Stromkreis der arbeitenden Knastgruppen angeschlossen. Wir würden uns daher überschwenglich freuen, wenn Ihr uns Info-Material zukommen lassen würdet."

Kontaktadresse: Unterstützungsbüro Roth/Otto, Haftbedingungsgruppe, Glasstr. 80, 5000 Köln 30 (Ehrenfeld), Tel.: 0221/52 05 79
Termin: Jeden Dienstag 19 Uhr

SELBSTMORDE IM REFORM-GEFÄNGNIS FUHLSBÜTTEL

HAMBURG 14.Februar Gefängnis heißt, den freien Willen des Menschen verhindern, heißt, ihn zum Stillhalten oder zur Selbstaufgabe oder bis zur Vernichtung zu bedrängen.
Dies alles geht sauber und rechtsstaatlich einher mit Psychologen, Psychopharmaka, Beurteilungsbogen, Spaltung und „pädagogisch zielgerichteten Lockerungen".

Die Gefangenenselbstinitiative Hamburg stellt dokumentarisch dar, wie das ‚Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit'sich konkret in Fuhlsbüttel äußern kann:

‚SELBST'-MORDE IN SANTA–FU, ANSTALT II:

1975 Kurt Vogler begeht Selbst-Mord.
Genaues Datum, Hintergründe und Motve sind der Initiative nicht bekannt.

16.2.76 Heinz-Detlev Krieger und Hans Rohrmoser erhängen sich in ihren Zellen.
Sie verstehen ihren Freitod als Protestaktion gegen Mißstände in der Fuhlsbütteler Anstalt II. In einer Erklärung greifen sie die Knastzustände an.

3.4.76 Hans Wurda versucht eine Selbstverbrennung.
Hintergründe und Motive wurden nicht bekannt.

7.4.76 Manfred R. versucht sich mit einer Überdosis Schlaftabletten das Leben zu nehmen.

Okt. 76 Georg Bamberger öffnet sich die Pulsadern und verblutet. Nach einem Ausbruch (1.7.74) bestand für ihn keine Aussicht mehr auf Urlaub... Sein Vergehen: schwerer Diebstahl.

2.8.77 Wolfgang Janorschke erhängt sich am Fenster seiner Zelle Nr.60 auf der therapeutischen Station B 2. Am 28.3.76 war er in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um auf seine Situation als Lebenslänglicher und auf Mißstände im Knast aufmerksam zu machen. Auf die von ihm herausgegebene Willenserklärung reagierten weder die Behörde noch andere angeschriebene Stellen...

3.8.77 Edmund Ludewig erhängt sich in seiner Zelle Nr. 50 auf der therapeutischen Station B 2.
Sein Lebenslauf läßt sich kurz zusammenfassen: Fremdenlegion-Nervenklinik-Knast. Der Verwahrvollzug und die ‚Behandlung' des Verhaltensgestörten fast ausschließlich mit Tabletten bereiteten den Boden. Nach Ablehnung einer Ausführung wegen seiner Rentensache war es soweit ...

24.9.77 Carsten Loeck stirbt an einer Vergiftung durch Methylalkohol. Wie unmenschlich muß der Knast sein, wenn Gefangene zu solch selbstzerstörerischen Mitteln greifen?

1.1.78 Ralf Nagel erhängt sich in seiner Zelle. Aufgrund seiner Haft war er schon längere Zeit psychisch angeschlagen. Trotz seines kritischen Zustandes wurde er mit der fadenscheinigen Begründung ‚Medikamentenmißbrauch' in Einzelhaft auf die Strafstation D I verlegt. Dort mußte er 9 (!) Wochen verbringen. Seine Mutter ist davon überzeugt, daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist.

15.1.78 Wolfgang Wagner versucht sich mit einer Überdosis Medikamente umzubringen. Er sah keine andere Möglichkeit mehr, um gegen diesen Vollzug zu protestieren.

17.1.78 Heinz Dabritz versucht sich selbst zu verbrennen. Er kann im Krankenhaus gerettet werden. Bereits am Vortage hatte er versucht, sich mit einer Überdosis Tabletten das Leben zu nehmen. Nachdem er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, kam er sofort in Einzelhaft auf die Strafstation D I. Auch seine Gründe für einen Freitod sind in den Haftbedingungen zu sehen (verweigerte Ausführung, etc.)

23.1.78 Herbert Spekowius öffent sich die Pulsadern,kann aber gerettet werden. In seiner Stellungnahme schreibt er: „Durch diese meine Handlung in der Nacht vom 22.1. auf den 23.1. sehe ich die einzige Möglichkeit eine – zwar makabre – Alternative zu diesem hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug". Ein verweigerter Umschluß mit einem Gefangenen auf D I war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Natürlich ist diese Chronologie unvollständig. Wer sich ein wenig im Knastbereich auskennt, weiß, wie wenig von dem, was im Knast passiert, durch die Mauern dringt. Wie viele Vorfälle werden verschwiegen oder vertuscht? Totenstille gehört zum Knast.

Beispielhaft schildern wir die Ereignisse des 17.Januar – also 2 Tage nach dem Selbst-Mord von Wolfgang Wagner und dem Tag des Selbst-Mord-Versuchs von Heinz Dabritz:

Gegen 14.00 Uhr fuhr – ich konnte das von meinem Arbeitsplatz aus beobachten – ein Sanka nach D I (Isolierstation). Kurz darauf kam er zurück in den 1.Hof. Er wurde von einem Notarztwagen erwartet. Darauf kam der Rettungshubschrauber aus Richtung AK Barmbeck. Dieser landete auf dem Sportplatz. Bei dem Notarztwagen hatte sich mittlerweile ein grüner Bullenwagen eingefunden. Der fuhr zum Hubschrauber, holte da 2 Personen (Ärzte?) ab und brachte diese zum Notarztwagen. Nach einiger Zeit fuhr der Notarztwagen zum Hubschrauber. Vor der Isolierstation wurden im Container brennende und qualmende Gegenstände gelöscht.

Nach Arbeitsschluß um 15.15 Uhr wurden im Hause die Nachrichten des NWS (= Neuer Wochenschauer; von der Anstaltsleitung abhängige Gefangenenzeitung) verteilt als erste Information. Dann Flüsterpropaganda. Gegen 16.30 versammeln sich die Insassen an den Geländern um die Zentrale mit Rufen: ‚Kirche auf! Später schloß Stark - der Anstaltsleiter und Psychologe - die Gittertür zur Kirche auf. Ca. 300 Insassen strömten zur Kirche. Die Anstaltsleitung ließ die Fernsehräume öffnen und mit einem neuen Vorführer Fernsehfilme vorführen. (um eine gelungene Ablenkungs-Alternative zu dem traurigen tagespolitischen Ereignis anzubieten, die die Gefangenen spaltet)

In der Kirche gibt es eine ungerichtete, konzeptionslose Diskussion; die Insassenvertretung ist passiv. Die Rufe nach Stark werden laut. Die Insassenvertretung und die NWS gehen zur Anstaltsleitung. Anstaltsleiter Stark droht dem NWS. Die Insassenvertretung bringt ‚Friedensvorschläge' der Anstaltsleitung: Allgemeine Umschlußerlaubnis (und vergißt (?) zu sagen, daß sie nur für 1 Tag gilt) und außerdem: die Insassen der Isolierstation kommen frei (vergißt (?) dabei zu sagen; nur bis 18.00 Uhr).

Darüber gibt es erregte Diskussionen der Insassen. Es wird gefordert, die Strafstation D I aufzulösen. Außerdem soll Stark her, auch Weinert, der Leiter des Vollzugsamtes und Meyer, der Justizsenator.

Wir bleiben zum Sit-In in der Kirche. Viele gehen los, um Kaffee, Tee, Skatkarten, Schachspiele und Decken zu holen. Um 19.30 Uhr ist Einschluß: ca. 120 Mann bleiben da. Einzelne Abteilungsleiter hören sich die Forderungen an. Jurisch, die Anstaltspsychologin, kommt nach Einschluß und will einige Leute ihrer Station holen. Chöre rufen: Sitzen bleiben! Sie wird angefahren, sie solle gefälligst Stark mitteilen, wenn er zu feige sei heraufzukommen, „solle er seinen 'Humanitätspreis' abgeben. (Stark ist Träger des Fritz-Bauer-Preises, der von der Humanistischen Union für bahnbrechende Taten der Gefangenenresozialisierung verliehen wird.) Die Psychologin Jurisch verschwindet wieder, ohne ihren Auftrag erledigt zu haben.

Pastor Steller diskutiert mit uns.Später kommt Schmude (stellvertretender Anstaltsleiter); er wird niedergeschrien: Stark her. Stark kommt — wie ein Betrunkener wankt er zur Bühne, müde, ohnmächtig: ein prächtiger Schauspieler. Es wird auch gerufen: Schauspieler. Ein Insasse reicht ihm ein Taschentuch — da kannst Du wieder heulen, wie bei Krieger und Rohrmoser. Stark gibt eine kurze Darstellung und verschweigt vieles,; z.B. daß Heinz Dabritz am Dienstag mit ihm sprechen wollte, daß die Beamten gefeiert haben, statt sich um den nervlich ‚Toten' zu kümmern.

Die Gefangenen stellen Forderungen:
D I auflösen (D I ist die Sicherheitsstation, die erst in der Ära Stark entstanden ist. Es gab noch nie so viele Tote wie in dieser Ära). Statt dessen soll die Station als Sportraum genutzt werden.
Außerdem wurde gefordert: die Sicherheitsgruppe weg (sie ist nichts anderes als ein Rollkommando, das Zellenrazzien, Verlegungen, Transport auf ‚Beruhigungszellen' oder Isolierzellen vornimmt) den gesetzlichen Urlaub genehmigen, Arbeitsurlaub geben und auch bezahlen.

Stark sagt zu all den Forderungen weder ja noch nein — typisch Vollzugskaspar — und verschwindet wieder wie ein Geist als wir heiß diskutieren. Er läßt bestellen, daß wir die Kirche räumen sollen. Das wird abgelehnt.
Pastor Steller vermittelt: er verspricht, unsere Probleme sollen in der Vollversammlung am Freitag angehört werden. Falls Stark dann nicht erscheinen sollte, würde er am Sit-In teilnehmen.

Fred Reisewitz, der Gefangenenvertreter im Sportausschuß trägt Stark den Vorschlag vor, die Kirche mit 40 ‚ausgesuchten' Gefangenen zu räumen.
Bis 19.30 Uhr scheint das Strafvollzugsamt von der Bambule nicht informiert worden zu sein. Dann war keiner mehr da — wer sollte den ‚Grenzschutz' verantworten?
Aus der Station C 4 — wo Nagel sich .ermordet' hat — nahm über die Hälfte der Gefangenen teil. ‚Neuer Wochenschauer'-Redakteur Kühn bekam Angst und ließ sich um 19.00 Uhr einschließen."

Kontaktadresse: Gefangenenselbstinitiative Hamburg Max-Brauer-Allee 225,2ooo Hamburg, Tel. 040/ 43 32 96

JUGENDZENTRUM ST. INGBERT GEHT AUF DIE STRASSE

ST' INGBERT
16. Februar

Das Jugendzentrum St. Ingbert geht auf die Straße!!! Durch die Willkürpolitik der Stadt sieht sich das Jugendzentrum (JUZ) St. Ingbert gezwungen, eine breite Öffentlichkeit zu schaffen. Dazu soll auch die Demonstration beitragen. DAs JUZ soll zum 28. Februar 1978 geräumt werden. Das Haus soll einer Verkehrtskreuzung weichen. Doch ohne entsprechende andere Räumlichkeiten will das JUZ nicht aus dem Haus. Um den gemeinsamen Widerstand so klein wie möglich zu halten, hat die Stadt den Mietvertrag zum 31. Januar 1978 gekündigt. Das war der letztmögliche Termin. Dadurch blieb dem JUZ nur ein Mobilisierungszeitraum von nicht mal einem Monat. So versuchen sie uns heimlich, still und leise auszuschalten. Nicht mit uns!!! Die Demonstration findet am **24. Februar um 14.30 Uhr vor dem Rathaus in St. Ingbert** statt. Anschließend eine große Fete im JUZ. Plakate und Transparente sollen mitgebracht werden.

Kontaktadresse:
Verband Saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e. V., Feldmannstraße 92, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/530

CIRCUSFEST MIT EUROPA-CIRCUS BÜGLER

GIESSEN
8. Feb. 78

Zu einem Zirkusfest (10./11. Februar) in Giessen gab's folgendes Flugblatt:

Männer, Frauen und Kinder!

Der Zirkus ist in der Stadt! Die Akrobaten proben, die Jongleure jonglieren, die Feuerspucker spucken, die Clowns tragen ihre Schminke auf, die Löwen brüllen, die Pferde tänzeln und die Kamele wackeln erwartungsvoll mit ihren Höckern, die Wagen aus Holz werden mit neuen, bunten Farben gestrichen!

Alles ist in Aufregung, alles bereitet sich auf die große Zirkusveranstaltung in dieser Stadt vor.

Der Zirkus lebt, der Zirkus bebt!

Laßt an diesen Tagen den Fernseher aus! Werft die Illustrierten und die Comics weg! Fordert "Hausaufgaben frei" in den Schulen! Kinder, nehmt die Eltern! Eltern, nehmt die Kinder! Kinder, nehmt die Kindergärtner mit und kommt!

Die Zirkusleitung freut sich, wenn das Publikum, die Großen und die Kleinen, Schminke und Farbe, Bälle und Hüte, Lachen und Weinen mit dabei hätten, damit die Manege zur Tribüne und die Tribüne zur Manege wird.

Hinter dem Glitzer liegt das Dunkel
oder: wie alles anfing

Als die Büglers mit ihrem Zirkus, der seit 250 Jahren von dieser Familie geführt wird, nach Gießen kamen, hatte dies verschiedene Gründe und verschiedene Reaktionen zur Folge. Die Sommerspielzeit war schlecht gewesen, die großen Zirkusse bildeten eine erhebliche Konkurrenz und, da die Büglers in der Nähe von Gießen waren, wollten sie hierbleiben und ihr Winterquartier aufbauen.

Der EUROPA CIRKUS BÜGLER — das sind: 8 Kinder, 14 Erwachsene, 9 Löwen, 4 Kamele, 2 Bären, 1 Hängebauchschwein, viele Pferde und andere Tiere. Mit der Absicht der Büglers, hier ihr Winterquartier zu beziehen, schien die Gies-

sener Stadtverwaltung nicht einverstanden, denn Zirkusleute sind Nichtseßhafte und die Welt der Vorurteile tat sich auf und trieb merkwürdige Blüten. Polizei und Ordnungsamt machten diesen Menschen Schwierigkeiten, doch nach einigen Verhandlungen und einer von den Büglers abgegebenen Erklärung in Gießen keinen Zirkus zu veranstalten, durften sie auf dem Gelände des Unteren Hardthofes bleiben.

Von "unserem" Zirkus erwarten wir:
- durch die Einnahmen in erster Linie den Zirkus Bügler finanziell zu unterstützen,
- einlebendiges Kulturprogramm zu entwickeln, in dem sowohl Klamauk, Theater, Pantomime, Akrobatik und andere circensische Aktivitäten Paltz haben,
- ein Kulturprogramm für Kinder, Arbeiter, Erzieher, Rentner, Studenten und alle, die sich zugehörig fühlen.

Wir, das sind:
Der Kinderschtzbund mi ca. 200 Mitgliedern hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einer kinderfeindlichen Umwelt (Betonwüste), ständiges Ansteigen der Unfallziffer bei Kindern und Zunahme der Kindesmißhandlungen, Mißstände aufzuzeigen, Kindern zu helfen, z.B. mit Spielstuben und Abenteurspielplätzen. (Kontaktadresse: Michael Klett, Tel. 23091)

Der Asta Gießen (Leihgesterner Weg 16), das gewählte Vertretungsorgan der 14 ooo Gießener Studenten, mit Aufgaben der sozialen Betreuung (Zimmervermittlung, Bafög), kulturellen Gestaltung (Theater, Musik- und Zirkusveranstaltungen), politische Bildung (Flugblätter, Diskussionsveranstaltungen undUnterstützung seiner Mitglieder bei Eingriffen in ihre demokratischen Rechte).

Der Tierschutzverein mit ca. 500 Mitgliedern in Gießen kümmert sich um mißhandelte und herrenlose Katzen, Hunde, Vögel und andere Tiere und nimmt sie auf. Zur Zeit ist er ziemlich verschuldet, da die Stadt ihrer mündlichen Zusage, Zuschüsse zum Bau des neuen Tierheims zu geben, noch nicht nachgekommen ist. Das Tierheim (zw. Wieseck und Alten-Buseck) ist die ganze Woche geöffnet.

Das Elephantenklo, Nachrichten von unten (Zeitung für Giessen), von vielen gemacht, wird alle 14 Tage von über 1000 Leuten gelesen. Es will ein Mittel zum Informationsaustausch sein. Will zu Diskussionen zwischen Gruppen und Leuten beitragen, die aus den verschiedensten Bereichen ihres Lebens berichten können. Das Elephantenklo will darüber berichten, worüber die Gießener Zeitungen sonst nicht und so nicht schreiben.

WIR SIND ALLE SYMPATHISANTINNEN!

FRANKFURT
16. Februar

„Frauen, was haltet ihr davon, unter diesem Motto zum 8. März — internationaler Frauentag — eine Frauendemo in Frankfurt für alle Emanzen, Stadthexen, kriminelle Psychopathinnen und andere höhere Töchter zu machen? ! Das internationale Vorbereitungstreffen für den 8. März in Paris hat Demonstrationen gegen die verschärfte Repression und zunehmende Frauenarbeitslosigkeit in allen Ländern vorgeschlagen. Wir wollen den Vorschlag aufgreifen. Weil sich in der letzten Zeit nicht nur die herrschende Staats- und Pressegewalt in Hetztiraden gegen unseren aufrechten Gang ergeht, sondern auch die Knittels in der Linken die Frauenbewegung zu den Akten legen wollen, finden wir, daß es endlich an der Zeit ist, uns lautstark zu wehren. Laßt uns mal über das Wie — Wann — Wo solcher Aktionen reden, auf jeden Fall denken wir nicht an einen Trauermarsch!

Treff: Mittwoch, 22. Februar, 19100 Uhr, vor dem KOZ (Uni Ffm.). Frauen, die Lust, aber am Mittwoch keine Zeit haben, können bei **Sabine (77 91 52)** anrufen. Wir fänden es auch toll, wenn auch Frauen aus Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Gießen etc. mitmachen.

Frauen aus Frankfurt

„PERLACH AKTUELL" GIBTS NICHT MEHR

NEUPERLACH
16. Februar

Die Stadtteilzeitung von Neuperlach, ‚Perlach Aktuell' gibt es (vorläufig !? !) nicht mehr. Dazu schreibt die Redaktion:

„Druck von oben und zuwenig Druck von unten haben das „tapfere Schneiderlein" PERLACH AKTUELL in die Knie gezwungen. Der Kampf auf einsamer Flur in der Mammuttrabantenstadt Neuperlach neigt sich für diese von einfachen Arbeitnehmern herausgegebene Zeitung dem Ende zu. Von pausenlosen Auseinandersetzungen mit Vertretern von Wohlfahrtsverbänden zermürbt und von der Bürokratie gänzlich im Stich gelassen, ja heftig mißachtet, sind die Bürgerinitiativen Neuperlachs nun nicht mehr in der Lage, die Zeitungsarbeit auf dem bisherigen Niveau weiterzuführen , — dies vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine weitere Unterstützung durch das Neuperlach-Team des Münchner Vereins für Gemeinwesenarbeit für die Zukunft unterbunden wird. Die Initiativen haben sich dagegen über ein ganzes Jahr vergeblich aufgebäumt. Ihre Argumente wurden arrogant in Ämtern und Verbänden vom Tisch gewischt. Hätten sie Barrikaden gebaut, hätten sie wohl auch mehr Gehör gefunden.

Die Redaktion gibt zum 5.Jahr des Erscheinens der PERLACH AKTUELL eine letzte Nummer heraus. Dann wird die kritische Stimme Neuperlachs schweigen. Vorläufig. Die Initiativen werden versuchen, einen neuen Weg zu finden.

Aus diesen Gründen bitten wir unsere Abonnenten, die bisherige Verzögerung zu entschuldigen und mit Geduld auf die letzte Nummer zu warten."

BETRIFFT : TAGESZEITUNG

FRANKFURT
15. Februar

Für alle, die Kontakt aufnehmen wollen zu den bisher bestehenden regionalen Initiativgruppen des Tageszeitungsprojekts:

Beim Tunix bereits wurde die Bekanntgabe der Kontaktadressen angekündigt:

Bei den folgenden Anschriften könnt ihr erfahren, wann und wo sich die regionalen Initiativen treffen und was bei euch in der Region bereits an Aktivitäten läuft:

1000 Berlin 61, Max Thomas Mehr, Arndtstr. 11, Tel.: 030 / 69 28 911

2000 Hamburg 20, Frank Borris, Haynstr. 3, Tel.: 040/465 515

3000 Hannover 91, Jürgen Ruppert, Lichtenbergplatz 4, Tel.: 0511 / 45 58 91

3550 Marburg, Rainer, Elke, Manfred, Untergasse 15, Tel.: 06421 / 29 938

6000 Frankfurt (ab 1. März) Hannes Winter, Hamburger Allee 45 (Tel. wird im nächsten ID veröffentlicht)

6300 Gießen, Michel Köhler, Alicenstr. 18, Tel.: 0641 / 71462

6500 Mainz 42, Hanne Dannenberger, Synagogenstr. 2, Tel.: 06131 / 508 156

6900 Heidelberg, Michael Akselrad, Heugasse 1, Tel.: 06221 / 14 301

8000 München 19, Til Broszat, Hedwigstr. 3, Tel.: 089/19 4894

P.S.: Am 15. März soll die angekündigte Broschüre zum Entwicklungsstand des Projekts in alle großen und kleinen Orte vertrieben werden. Damit beginnt die große öffentliche Auseinandersetzung um die neue Tageszeitung.

MASSENENTLASSUNGEN BEI RÖCHLING: DER ATOMREAKTOR, DIE STADT, DER BISCHOF UND DER ARBED-KONZERN

VÖLKLINGEN/Saar
10. Februar

Es ist gerade einige Wochen her,daß bei Röchling Burbach 3500 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen. (Vgl. ID Nr. 203). Inzwischen können die Unternehmer Bilanz machen. 1100 Arbeiter wurden Ende 1977 über die flexible Altersgrenze abgeschoben. 800 Arbeiter erhalten ihren Lohn zu 80% vom Arbeitsamt, während die Früchte ihrer Arbeit weiterhin dem Unternehmen zufallen; es handelt sich um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.
200 Spezialisten wurden zu einem Zweigwerk in Völklingen versetzt und sollen da für besserer Zeiten gehortet werden. Dafür wurden in Völklingen 200 weniger spezialisierte Arbeiter gefeuert. Übrig blieben 500 Angestellte und 500 Arbeiter (davon 400 Türken), die in Burbach selbst entlassen wurden. Je 7% der Angestellten sollen in den nächsten beiden Jahren entlassen werden.

Jetzt ist bekannt geworden, daß die Stahlwerke Röchling-Burbach und die Neukircher Hütte unter Führung des luxemburgischen Konzerns ARBED sich zusammengeschloßen haben ARBED hatte sich 1971 mit Röchling-Völklingen zu Röchling-Burbach mit Werken in Völklingen und Burbach zusammengeschlossen und dabei ein Vorkaufsrecht an dem Unternehmen erworben, falls Röchling seinen Anteil verkaufen sollte.
Dieser Konzern besaß ein hochmodernes Stahlwerk an der belgischen Küste in Gent. Als ARBED SIDMAR aufgekauft hatte, wurden ultramoderne Anlagen mit Millionenwert einfach abgeschrottet. Ein anderes Beispiel der ARBED-Taktik: Die Firma Heckel in Saarbrücken, eine Tochtergesellschaft der Neunkirchener Hütte,die Draht flechtet.
Heckel entläßt im Laufe dieses Jahres 90 Arbeiter. Der ARBED-Konzern lieferte Heckel einerseits das Rohmaterial, andererseits bot er der Kundschaft der Firma die Fertigprodukte aus eigener Produktion zu einem niedrigeren Preis an, als es Heckel konnte.

DIE ARBED-STRATEGIE GEGENÜBER RÖCHLING–BURBACH

Und auch bei Röchling-Burbach ist die ARBED-Strategie schon sichtbar geworden. So soll nach den Anteilseignern von ARBED in Völklingen kein neues Blasstahlwerk,sondern lediglich ein viel kleineres Elektrostahlwerk gebaut werden.

Dahinter zeichnet sich eine langfristige Strategie ab. ARBED will ganze Saar-Hütten-Werke haben. Die Renditebetriebe sollen dann langfristig ausgegliedert werden.
Die Konzernmutter in Burbach soll weiter in roten Zahlen bleiben, weil dann darauf zu spekulieren ist, daß der Staat sie auffängt. So wird zum Beispiel die Bereinigung der Produktionsstruktur mit diesen Staatshilfen finanziert:
20% gibt der Staat direkt als Investitionszuschuß; für die 80%, die am Kapitalmarkt aufgenommen werden müssen, geben Bund und Land Zinsbeihilfen; weitere Mittel sollen mit der Drohung, Arbeitsplätze stillzulegen, zu bekommen sein.

Um RB und die Neunkirchener Hütte aufzukaufen, dazu will ARBED keine luxemburgische Gelder aufwenden. Vielmehr soll dazu eine eigene deutsche ARBED-Gesellschaft gegründet werden, die aus den deutschen Firmen des Konzerns zusammengesetzt ist. Hauptsächlich geht es dabei um den ‚Eschweiler Bergwerksverein'. Er besteht aus mehreren Gruben, einer Kokerei, einer Brikett- und einer Anthrazitfabrik, mehreren Kraftwerken und einigen .kleineren' Hüttenwerken. Das Ganze muß unseren Informationen zufolge im Aachener Raum liegen. (Es wäre ganz gut, wenn Leute aus dieser Gegend, die mehr darüber wissen,uns schreiben würden).

Das alles heißt, daß es in Völklingen und Burbach in nächster Zeit keine 3 500 Entlassungen geben wird, sondern so an die 14 000. (Es sei denn, die Arbeiter beginnen, sich ernsthaft zu wehren.) Und genau mit dieser Absicht hat ARBED 1971 die 50% an Röchling-Burbach erworben. Der Edelstahlbereich und das technische Wissen dazu hatten AR–BED in seiner Produktionspalette gefehlt.

UND NEUNKIRCHEN?

Bei den Neunkirchner Stahlwerken bekommt ARBED die profitträchtige Automatenstahlproduktion hinzu. Außerdem ist das Neunkirchner Werk mit 32% an der Dillinger Hütte beteiligt. So könnte ARBED dann an die Dillinger Blechproduktion herankommen, die ebenfalls große Profite abwirft. Mit dem Erwerb jeder 32% an Dillingen käme ARBED dann auch noch an die 25% heran, die Dillingen wiederum an dem französischen Stahlkonzern SOLIAC hält, (Fein- und Weißblechproduktion; ein großer Teil der Bleche wird an Ford-Saarlouis geliefert). Nach der Übernahme der Neunkirchener Hütte durch ARBED kann man damit rechnen, daß höchstens die Automatenstahlproduktion und die Feinstraße (hochmodern) noch für einige Zeit in Betrieb bleiben werden. Die Konsequenz: Massenentlassungen auch dort. Und auch der Bau einer Flüssigphase und einer Zentralkokerei in Dillingen werden weitere Entlassungen zur Folge haben. Von offizieller Seite wird 1985 mit 85 000 Arbeitslosen an der Saar gerechnet!

Wir müssen Augen und Ohren offenhalten: Als Ausweg aus dieser Situation wird man den Hochtemperaturreaktor, Atomkraft also, als Wundermittel schmackhaft machen wollen. Kernenergie schafft Arbeitsplätze, und so. Während man einerseits unter Einsatz von Steuergeldern Arbeitsplätze schamlos zum Nutzen riesiger Konzerne wegrationalisiert, sollen andererseits wiederum mit unseren Steuergeldern und mit Gefahr für Gesundheit und Leben Atomkraftwerke gebaut werden. Und auch das nur weil sich Konzerne daran gesundstoßen wollen.

DU KOMMST AUCH NOCH DRAN !

In dieser Situation glauben die meisten Kollegen im Völklinger Werk nicht im geringsten daran, daß sie zu den zu Entlassenden gehören. Das sind leicht erklärbare Illusionen, denn sie wurden von Röchling und ARBED bewußt produziert.

Da wurden neuerdings in Völklingen und Burbach wieder Überstunden gefahren, vor allem im Hammerwerk und in der Weiterverarbeitung. Der Werksstillstand, der gegen Ende 1977 hatte sein sollen, fiel aus. Und schon glaubten die Kollegen, alles sei gerettet.

Bei der Erzeugung von Illusionen haben Röchling und ARBED auch noch Helfershelfer. Einer davon heißt Durand, seines Zeichens Oberbürgermeister von Völklingen. Neulich hat er ja gesagt, wie die Dinge stehen:„Die Burbacher Hütte muß geopfert werden." Und zwar um den Montankern an der Saar zu erhalten. Wer profitiert dennn davon? Die Arbeiter ganz bestimmt nicht! Noch Anfang des Jahres war Durand an der Spitze der Stahlarbeiter für die Erhaltung der Arbeitsplätze marschiert. Überhaupt bei jeder Demonstration und Kundgebung gegen die Arbeitslosigkeit drängen sich Politiker wie D Durand (SBD-OB), Lafontaine, SPD-Netzer (MdL), Klumpp und wie sie alle heißen, an die Spitze. Sie streuen den Arbeitern Sand in die Augen. Denn eigentlich fordern sie ja alle den Zusammenschluß der saarländischen Hüttenwerke. Und das bedeutet auf jeden Fall Massenentlassungen. Gegen die Vergesellschaftung der Werke unter Kontrolle der Belegschaft, wie es nach Art. 52 Landesverfassung möglich ist, wehren sie sich wie Verrückte. Wenn es aber darum geht, den Konzern Subventionen und Steuergeschenke in den Rachen zu schmeißen, da sind sie dabei. So hat es der Bund sogar zur Voraussetzung gemacht, daß die Hüttenwerke zusammengeschlossen werden, um diese dann zu bezuschussen.

Ein anderer Helfershelfer im Land der Illusion ist der Ludwig. Ludwig hat nach den ersten Entlassungen bei Röchling Anfang dieses Jahres getönt, es gebe keine weiteren. Ludwig ist Arbeitsdirektor bei Röchling-Burbuch. Viele meinen, dies bedeute Arbeitsdirektor = ein Direktor, der für die Arbeiter da ist. Doch das ist falsch. Er ist vielmehr dazu verpflichtet, zum Wohle des Unternehmens tätig zu sein, also zum Wohle der Steigerung der Profite der Anteilseigner von Röchling und ARBED.

Auch die Kirche ist jetzt sehr um ihre Schäfchen bedacht. Bei jeder bevorstehenden Massenentlassung kommt der Herr Bischof aus Trier angereist, um sich über die Lage der Arbeiter an der Saar zu informieren. Priester gehen auf den Demonstrationen mit. Andererseits gehört der Vatikan zu den Anteilseignern des ARBED-Konzerns. Alles Lug und Trug. (Die rangniederen Priester meinen's wohl wirklich ernst, das sei nicht abgestritten.)

VÖLKLINGEN – WIE GEHT'S WEITER ?

Für die Stadt Völklingen bedeuten die Entlassungen und die Einschränkung der Produktion die Einnahme von weniger Steuern. Schon vor geraumer Zeit hat Röchling-Burbach aus steuerrechtlichen Gründen seine Verkaufsgesellschaft nach Saarbrücken verlagert. In Völklingen hätten mehr Steuern be[illegible]t werden müssen.

Aber nicht nur für die Stadtverwaltung gibt es Auswirkungen. Die Kundschaft für die Völklinger Einzelhandelsgeschäfte wird zurückgehen. Und das, nachdem schon einige Geschäfte haben dichtmachen müssen oder kurz davorstehen, weil Monopole wie Woolworth und Peka ihnen Konkurrenz machen und die Banken sie zur Ader lassen. Die riesigen Warenhauskonzerne betreiben dieselbe Politik wie ARBED und Röchling. Was das erst wird, wenn, wie laut Stadtkernsanierung vorgesehen, ein drittes riesiges Kaufhaus errichtet wird?

DER TRICK MIT DEN UMSCHULUGEN:

Großzügig, wie Röchling-Burbach nun einmal ist, hat der Konzern das Angebot gemacht, daß sich 150 Kollegen umschulen lassen könnten. Das Arbeitsamt bezahle 80% und Röchling 20%.

Einmal abgesehen davon, daß RB jene 20% aus irgendwelchen staatlichen Subventionen rausholt, was steckt da wirklich dahinter?

Den Kollegen und der Öffentlichkeit soll das Gefühlt ver[illegible]telt werden, jene 150 Kollegen würden nicht entlassen. Wenn sie dann nach der Umschulung auf der Straße sitzen und arbeitslos sind, sollen sie glauben, dies sei ein gottgewollter Schicksalsschlag. RB soll ihnen dagegen wie die Heilsarmee vorkommen, die ihnen geholfen hat, wo es nur ging.

RÖCHLING UND WOLFF IN DER „KRISE"

Obwohl Röchling-Burbach so tief in der Krise steckt, hat der Konzern nicht nur 94,5 Mio DM im eigenen Werk investier sondern auch noch 51 Mio DM in der Tochtergesellschaft Gerlach in Homburg. Wir nennen das Verschleierung von Gewinnen Und Otto Wolff, 50% Anteilseigner an der Neunkircher Hütte, konnte seinen Profit von 6% auf 7%, den Umsatz von 2,6 Milliarden DM auf 3 Milliarden DM erhöhen.

DEMONSTRATIONEN UND KUNDGEBUNGEN

Da sind die Kollegen schon mehrmals zu Demonstrationen und Kundgebungen gegangen, in der Hoffnung, damit etwas gegen die Entlassungen tun zu können. So auch am Freitag, den 2.12.77 in Burbach. Nach dieser Kundgebung haben sich viele gefragt, was das soll. Da hat der Albrecht Herold wortradikal herumgemacht, hat über Otto Wolff geschimpft, gegen die Saarbrücker Zeitung gewettert, um schließlich die Katze aus dem Sack zu lassen: Die IGMetall will einen anderen Krisenplan. Das Burbacher und Völklinger Stahlwerk soll gedrosselt werden. Da haben die Kollegen sich ganz schön verarscht gefühlt. Kommentar von Völklinger Kollegen, die gekommen waren: „Das war das erste und das letzte Mal, daß wir zu so einer Veranstaltung gegangen sind!" Es scheint bald wirklich so, als wollte die Gewerkschaft jeden Widerstand gegen die Entlassungen im Keim ersticken. Schon Anfang des letzten Jahres hatte Herold im Landtag Angst, die Arbeiter würden womöglich streiken. Und ist es nicht seltsam, daß sämtliche, von der Gewerkschaft organisierten „Widerstandsaktionen" aus der Fabrik heraus auf die Straße geholt werden? Sollen die Kollegen womöglich nur ihre Luft ablassen?

Als man sich im Gewerkschaftshaus in der Sophienstraße in Schweigen darüber hüllte, wie es nun weitergehen soll, haben wir nachrecherchiert und herausgefunden, daß sich das Kräfteverhältnis
im Aufsichtsrat von Röchling bei der Stillegung der Flüssigkeitsphase 2 Arbeitnehmervertreter der Stimme enthalten und 3 sogar für die Massenentlassungen gestimmt haben! Der Skandal wird noch dadurch vergrößert, daß der Betriebsrat von Burbach, der zuvor eine ablehnende Haltung gegenüber Entlassungen und Sozialplan gezeigt hatte, die Entscheidung im Nachhinein sanktionierte.

Wie ist dieses Verhalten der IG-Metall zu erklären?
Da ist zunächst eine monatelange Zermürbungskampagne gelaufen, denen die Gewerkschafter ausgesetzt waren. Ständig prasselte es aus Regierungskreisen und aus Kommentaren der Saarbrücker Zeugung
Saarbrücker Zeitung und des Saarländischen Rundfunks auf sie herab, daß in dieser schweren Zeit auch die Gewerkschaft die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen mitübernehmen müßten, sonst könnte der Montan-Kern auf die Dauer nicht gehalten werden. Mit anderen Worten: Wer möchte sich schon gern vorwerfen lassen, durch sein Verhalten mittelfristig die Arbeitsplätze aller Hüttenarbeiter zu gefährden, da erscheinen „nur" 3500 Arbeitsplätze fast schon wie eine soziale Tat. Die Betriebsräte konnten in den Betriebsversammlungen Krackow und die anderen vom Management, die sie mit Statistiken über rote Zahlen, Umsatzeinbrüchen und ungenutzter Kapazität bombardierten, „nur" die soziale Notlage der Kollegen im Falle einer Entlassung als Argument entgegensetzen.

Es hat sogar massive Versuche gegeben, die Belegschaften und Betriebsräte von Burbach und Völklingen gegeneinander auszuspielen.

Schließlich: Was nützen die schönsten Forderungen nach Vergesellschaftung, Staatskontrolle und Holding von Seiten der Gewerkschaft und der saarländischen Opposition im Landtag, wenn zu gleicher Zeit die Bundesregierung, die von den eigenen Parteifreunden mitgetragen wird, diese Vorschläge nicht berücksichtigt, sondern die Vorschläge der Regierung und der Anteilseigner zum einzigen Maßstab für Verhandlungen nimmt?

Die Arbeiter aber fühlen sich von ihrer Gewerkschaft im Stich gelassen. – „Die stegge doch all unner eener Deck." ist jetzt immer häufiger zu hören. Es gibt vereinzelt laute Proteste, viele der jetzt Entlassenen treten aus der Gewerkschaft aus. Andere, die noch arbeiten folgen diesem Schritt.

Insgesamt ist die Stimmung eher resignativ.
Die Entscheidung des Aufsichtsrates besiegelte mit anderen Worten eine der größten Niederlagen der saarländischen Arbeiterbewegung. Wie will denn die IG-Metell noch ernsthaft Widerstand entgegensetzen, wenn in naher Zukunft die Flüssigphase in Neunkirchen stillgelegt wird und wieder Tausende von Arbeitern auf die Straße fliegen?

Wird Burbach zum 120jährigen Betriebsjubiläum von Röchling bald wieder nur ein Dorf mit einer sehr kleinen Hütte sein?

Kontaktadresse: **Paul Herrig, Dillingerstraße 1, 6620 Völklingen, Tel.: (06896) 24627**

FERNSEHÜBERWACHUNG, COMPUTER-KONTROLLE UND EIN GEPLATZTER BETRIEBSRAT BEI DEN IDUNA-VERSICHERUNGEN

HAMBURG
10. Januar

Sieben aktive Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter der Betriebsgruppe Iduna (Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen) wurden Ende 1975 von der Firmenleitung fristlos gekündigt. Diese Kündigungen waren der Höhepunkt einer Auseinandersetzung nach der für die Betriebsgruppe erfolgreichen Betriebsratswahl 1975 (30% der Stimmen; 4 von 15 Betriebsräten). Die Gruppe hatte versucht, in Informationsblättern und auf Betriebsversammlungen die Technisierung und die damit verbundene Gefährdung von Arbeitsplätzen ins Bewußtsein der Belegschaft zu bringen. Die Geschäftleitung wußte dabei, daß eine Mehrheit von in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft organisierten Betriebsräten auf ihrer Seite steht. Der Betriebsrat stimmte den Kündigungen im wesentlichen zu.

Eine besondere Rolle spielte dabei die Gewerkschaft HBV. Die Betriebspolitik der Iduna-Betriebsgruppe wurde von der zuständigen Ortsverwaltung nicht mitgetragen. Besonders die Öffentlichkeitsarbeit, in der ungeschminkt die Haltung gegnerischer Betriebsräte angegriffen wurde, war ihr ein Dorn im Auge. Am Tage der Kündigungsverhandlung im Betriebsrat verteilte sie sogar ein Flugblatt, in dem sie sich von der Politik der Betriebsgruppe distanzierte. Zudem gelangte seinerzeit ein weit rechts stehender Abteilungsleiter an die Spitze des Betriebsrats. - Die Opposition galt als vorerst mundtot gemacht.

DER PROTEST GEGEN ELEKTRONISCHE ÜBERWACHUNG UND „MODACOM"

Während die Gekündigten einen langwierigen Arbeitsgerichtsprozeß begonnen hatten, der heute noch andauert, versuchte die Iduna mit Hilfe der rechten Betriebsratsmehrheit Zug um Zug ihr Rationalisierungsprogramm durchzusetzen. Rationalisierung heißt nicht nur Arbeitsvereinfach und Mitarbeiter-Einsparung, sie heißt gleichbedeutend verstärkte Überwachung.

So wurde Ende 1976 zuerst lückenhaft über den Betriebsrat bekannt, daß die Iduna eine Fernsehüberwachung der Eingänge und Hofeinfahrten plant - im Zusammenhang mit einer elektronischen Türüberwachung nicht nur der Eingänge, sondern auch zentraler Innentüren. Der im Betrieb verbliebene Rest aktiver Kollegen bekam den geheimen Lageplan der Gesamtanlage in die Hände. Von der „Überwachungsanlagen GmbH" in Brücken war gekennzeichnet, welche Alarmfälle es in Zukunft geben soll. Z.B. „Sabotage intern" oder „Alarm intern"; eine direkte Leitung zur Polizei soll gelegt werden.
Sowohl die Gewerkschaft HBV als auch einzelne Betriebsräte wurden daraufhin aufgefordert, den Gesamtplan der Belegschaft zugänglich zu machen, vor allem aber die Mitbestimmung im Betriebsrat zu benutzen, um den Überwachungsplan der Firma anzugreifen. Darauf wurde aber nicht eingegangen.

Ein weiterer Punkt: In einer Versicherung wird viel mit Akten und Briefen gearbeitet. Ein Teil der Registrierarbeit wurde schon seit langem per Computer erledigt, aber seit einiger Zeit war da ein Umbruch zu merken. Es begann damit, daß Anfang der siebziger Jahre Großraumbüros gebaut wurden, wo bis zu 150 Leute, vor allem Frauen, arbeiten. Dann wurden überall auf die Schreibtische Telefone gelegt, mit denen man den Computer direkt angehen kann. Vor allem erst einmal, um bestimmte einfache Arbeiten direkt einzutasten. Nach 'ner Weile kamen Bildschirmgeräte („MODACOM") dazu, wo man ganze Arbeitsvorgänge in der Direktschaltung Bildschirm - Computer erledigte. Plötzlich wurde dann eine Art Einstellungsstop verkündet. Der größere Unwillen unter den vor allem betroffenen Frauen in den Großräumen aber kam auf, als in einigen Abteilungen Listen auftauchten, aus denen die Vorgesetzten ablesen konnten, welche Kolleginnen wieviel und was über die Direktleitungen zum Computer erledigten. Und auch hier wieder das gleiche Bild wie bei der Überwachung durch Kameras: Betriebsräte machten überhaupt nichts, die Gewerkschaft griff kaum ein.

DER BETRIEBSRAT TRITT ZURÜCK !

Anfang 1977 lief das Faß über. Auf einer Betriebsversammlung, an der 800 Kollegen (von gut 1.500) teilnahmen - den Vorsitz führte wie üblich der rechte Betriebsratsvorsitzende - trat gleich zu Beginn der Diskussion eine Kollegin aus den Großräumen auf. Sie griff offen den Betriebsrats-Boß an, weil er nach einer müdnlichen Beschwerde von ihr über ihre Vorgesetzte diese sofort informiert hatte. Als die Kollegin an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt war, war sie bereits zum „Mitarbeitergespräch" gerufen und unter anderem mit den Worten heruntergeputzt worden: „Bilden Sie sich nicht ein, den besseren Draht zum Betriebsrat zu haben, den habe ich!"

Und dann kamen die anderen Kollegen. Ein Beispiel nach dem anderen von der Überwachung und von der Kumpanei zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung wurde erzählt. Der Betriebsrats-Boß kam total ins Stottern, seine Ausreden gingen in Proteststürmen der Kollegen unter. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder erhielten die Reden und Beiträge der Vorstandsleute nicht nur keinen Beifall, sie wurden teilweise sogar ausgelacht. Langsam aber sicher kam die Forderung nach Rücktritt der Betriebsratsgarde und nach Neuwahlen auf.

Der Rücktritt erfolgte dann zum 15.September 1977.

DIE NEUWAHL UND DER VERSUCH, DIE LINKE OPPOSITION AUSZUSCHALTEN

Eine wichtige Erfahrung für uns als Opposition in der Iduna zu diesem Zeitpunkt war, daß der Sturz des Betriebsrats unmittelbar von der Belegschaft her erfolgt war; unsere Rolle dabei war vorher und nachher die Veröffentlichung der Mauscheleien und taktischen Schritte, wie auch das Besprechen von Gegenmaßnahmen mit Kollegen in möglichst vielen Abteilungen.

In dieser Situation begann der Wahlkampf. Die Mehrheit der HBV-Betriebsgruppe war inzwischen nicht mehr bereit, mit den Gekündigten Solidarität zu üben oder die gegnerischen Betriebsräte bloßzustellen. Dadurch war die Minderheit der Betriebsruppe wohl oder übel dazu gezwungen, mit einer eigenen Liste zu kandidieren. Immerhin wurde die Zusicherung erreicht, keine Gewerkschaftsausschlüsse in Betracht gezogen würden.

Unter der Bezeichnung „Alternative" nahm die Oppositions-Gruppe den Wahlkampf auf. Sie griff auch die Tatsache auf, daß nun die Abteilungsleiter der Iduna dabei waren, massiv einzugreifen. Fünf Wochen vor der Wahl wußten wir von sieben (!) Kandidatenlisten, darunter waren drei vor allem mit Abteilungsleitern besetzt. Auf zwei weiteren kandidierten die alten Betriebsräte. Neu war eine offizielle HBV-Liste und die Alternative.

In unseren Informationsblättern veröffentlichten wir geheime bzw. nicht bekannte Pläne der Geschäftsleitung, z.B. den Zeugnis-Code der Unternehmer und den Lageplan über die Überwachungsanlagen.

DIE WAHL-BETRIEBSVERSAMMLUNG UND ERSTE ANTIKOMMUNISTISCHE ANGRIFFE

Zur Wahl-Betriebsversammlung am 2.November 1977 gaben wir die Parole aus: "Kampf den Abteilungsleitern im Betriebsrat". Ein besonderes Bonbon bei dieser Versammlung war die Anwesenheit eines der Gekündigten, der seit fast zwei Jahren nicht mehr öffentlich auftreten durfte. Er hatte Hausverbot, das aber wegen der Wahl jetzt für einige Stunden pro Woche für sogenannte "Wahlwerbungszeit" unterbrochen war.

Alle Listen —außer den Abteilungsleitern— mußten Stellung nehmen. Wir fingen damit an, zeigten auf, was Abteilungsleiter im Betriebsrat eigentlich wollen etc. pp. HBV und DAG mußten sich anschließen. Die Absichten der Abteilungsleiter wurden vielen Leuten klar, gerade am Beispiel des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, der selber Vorgesetzter ist.
Zwei Tage vor der Wahl starteten die Rechten im Betrieb über eine eigens geschaffene "Mitarbeitergruppe gegen den Eingriff politischer Gruppen in das Betriebsgeschehen der Iduna" — kurz Mepi— den ersten und letzten Versuch, unsere Alternativgruppe anzufeinden. Mepi verschickte über Hauspost ein zig-Seiten-Papier über "Die Arbeit des Kommunistischen Bundes in der Iduna". In dem Papier wurde der Bogen geschlagen von fortschrittlicher linker zu terroristischer Arbeit, von gewerkschaftlicher Arbeit zu verkappter oppositioneller Arbeit mit der eigentlichen Absicht, Terror zu machen. Wir wurden ganz zum Schluß wörtlich genannt. Dieses Papier erregte Aufsehen, aber anders als gewünscht. Wer das Papier erhielt, war meist stinkesauer über solches Geschreibsel.

DIE WAHL UND NOTWENDIGE ERFAHRUNGEN

Die meisten Stimmen am 14./15.11. erhielt völlig überraschend die Gruppe der Nicht-Abteilungsleiter, die am wenigsten ausgesagt hatte. Die Liste der ehemaligen Betriebsrats-Chefs erlangte 5 Sitze, die HBV 4, die DAG 3.
Eine Abteilungsleiter-Gruppe fiel völlig durch, die zwei anderen erhielten einen bzw. zwei Sitze. Die Alternative bekam einen Sitz.
Sauer waren die Abteilungsleiter. Sie hatten allen Ernstes mit mehr gerechnet. Insofern war unsere Wahlstrategie aufgegangen. Die DAG hatte ihre Mehrheit verloren. — Allerdings hatten auch wir mit mehr Stimmen gerechnet.
Mit Sicherheit kann man sagen, daß die Belegschaft nicht rechts gewählt hat, darin liegt auch ein Erfolg unserer Politik. Dagegen haben wir nicht deutlich machen können, wo die besonderen Unterschiede zwischen uns und z.B. der offiziellen HBV lagen. Wir hätten anhand vieler konkreter Beispiele aufzeigen können, daß die offiziellen HBV-Kandidaten immer viele Vorbehalte gegen offensives Auftreten hatten. So hatte einmal die Firmenleitung mehrere Monate lang gegen die Genehmigungspflicht von Überstunden verstoßen. Wir forderten damals vom Betriebsrat ein konsequentes Nein zu jeder Überstunde, zudem volle Information der Belegschaft über diese illegale Praxis. Die HBV-Betriebsrätin, die jetzt Spitzenkandidatin war, hatte im Betriebsrat stattdessen mit den Rechten einen sogenannten stufenweisen Abbau der manchmal massenhaften illegalen Überstunden über mehrere Monate befürwortet. Darüber aber —und über so einiges mehr— schwiegen wir. Wir dachten uns, wir müßten den Hauptgegner (die Abteilungsleiter) angreifen und den Rest schonen. Ein geflügeltes Wort vom Kollegen faßt dies recht gut zusammen: "Die Alternative-Leute sind die Radikalen, das wissen wir. Aber sie setzen sich ein für uns, was andere nicht tun. Nur scheint das die HBV-Liste auch in etwa zu vertreten, denn die haben sich im Wahlkampf ja überhaupt nicht behakt. Also wählen wir lieber die HBV; die setzen sich dann hoffentlich auch ein und haben nicht den Ruf des Radikalen."
Eine Anmerkung zum Schluß: Wir haben uns bei dem Wahlkampf recht früh auf die Kollegen gestützt und gestürzt, die Anti-AKW-Plaketten trugen. Das sind doch eine ganze Menge. Und wir haben festgestellt, daß diese am ehesten bereit waren, mit uns Unterschriften zu sammeln und uns sonstwie zu unterstützen.
ALLES IN ALLEM stehen wir vor einem neuen Anfang.

Kontaktadresse: Dieter Siewertsen, Weidenallee 4
2000 Hamburg 6, Tel. 040/44 39 71

ID BIBLIOGRAPHIE ID BIBLIOGRAPHIE ID BIBLIO

Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6000 Frankfurt 1
* Ein deutscher Herbst. Zustände, Dokumente, Berichte, Kommentare Tatjana Botzat, Elisabeth Kiderlen,Frank Wolff; 11,80. Detaillierte Analysen von Nachrichten und Kommentaren und Berichte der täglichen Erfahrung eines politischen Ausnahmezustands. September/Oktober 77.
* Auf Anordnung von oben - war im letzten ID angekündigt worden. Entgegen dem ersten Anschein war auch im Buch Preis und Kontonummer angegeben, was hiermit nachgeliefert wird: 4.- Vorkasse auf Postscheckkonto Eva Michel, Frankfurt 517714-607 Stichwort PP. Zahl

amnesty international, Venusbergweg 48, 5300 Bonn / Nomos Verlag
* gibt laufend Publikationen und Bücher heraus über Menschen- und andere Rechte in der Welt. Einige neuere Sachen:
AI Report 1977. In englischer Sprache Informationen über fast alle Länder der Erde.
* Politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland
* Politische Inhaftierung in Südafrika
*Schwerpunktdokumentationen zur Lage in Bolivien,Nicaragua,Marokko Pakistan,DDR, Singapur, Taiwan,CsSR.

BUU - Arbeitskreis Brokdorf. K.J. Lorenzen Schmidt, Rathausstr. 14 2209 Krempe
* Katastrophenfall Brunsbüttel. Dort steht und arbeitet seit 1976 ein KKW - 10 km vom Bauplatz Brokdorf entfernt. Die Dokumentation darüber gibt es gegen eine gebührliche Spende auf das Konto BUU-Brokdorf Wewelsfleth Verbandsparkasse Wilster 104 / 054498

FRAUENBEWEGUNG IN DER FRENTE POLISARIO SUCHT KONTAKT

FRANKFURT/WEST SAHARA
7. Feb. 78

In der Courage Nr. 2 vom Februar 78 fanden wir folgenden Bericht:

Die "Union des femmes Shaouries", die Frauenbewegung in der Frente Polisario, sucht Kontakt zu Frauengruppen in der Bundesrepublik. Die Sahaurischen Frauen wären gerne bereit, eine Delegation in die Bundesrepublik zu schicken, wenn eine Rundreise von der hiesigen Frauenbewegung organisiert würde.

Worum geht es?

Mehr als 100 000 Sahauriflüchtlinge versuchen in der Geröllwüste im algerisch-mauretanisch-marokkanischen Grenzgebiet in Zeltlagern zu überleben. In den Lagern befinden sich mehrheitlich Frauen und Kinder. Die Frauen, von denen viele vor vier Jahren noch im Nomadenzelt lebten, organisieren heute zum Beispiel die Lager mit. Sie tragen die Alphabetisierungskampagne und stellen eine eigene Miliz auf. Sie sind am gesamten politischen Leben aktiv beteiligt.

Das Volk der Sahauris ist Opfer ökonomischer Interessen; in ihren angestammten Wohgebieten in der Westsahara befinden sich umfangreiche Phosphatlagerstätten. Nach dem Rückzug der Spanier aus dieser ihrer ehemaligen Kolonie besetzte Marokko und Mauretanien mit Rückendeckung Frankreichs und mehrerer Industrienationen das Land und vertrieben die einheimische Bevölkerung mit barbarischen Mitteln und unterwarfen oder vernichteten sie.

Mehr als 100 000 Sahauris flohen vor den marokkanischen Luftangriffen mit Napalm- und Phosphorbomben durch die Südwestsahara und brachten sich auf algerischem Gebiet in Sicherheit. Dort leben sie heute, völlig auf die Hilfe von außen angewiesen, und organisieren ein demokratisches Staatswesen sowie den Widerstand.

Dringend notwendige Spenden erbitten wir auf das Spendenkonto von medico international Nr. 232 bei der Stadtsparkasse Frankfurt unter dem Stichwort "Sahaurihilfe".

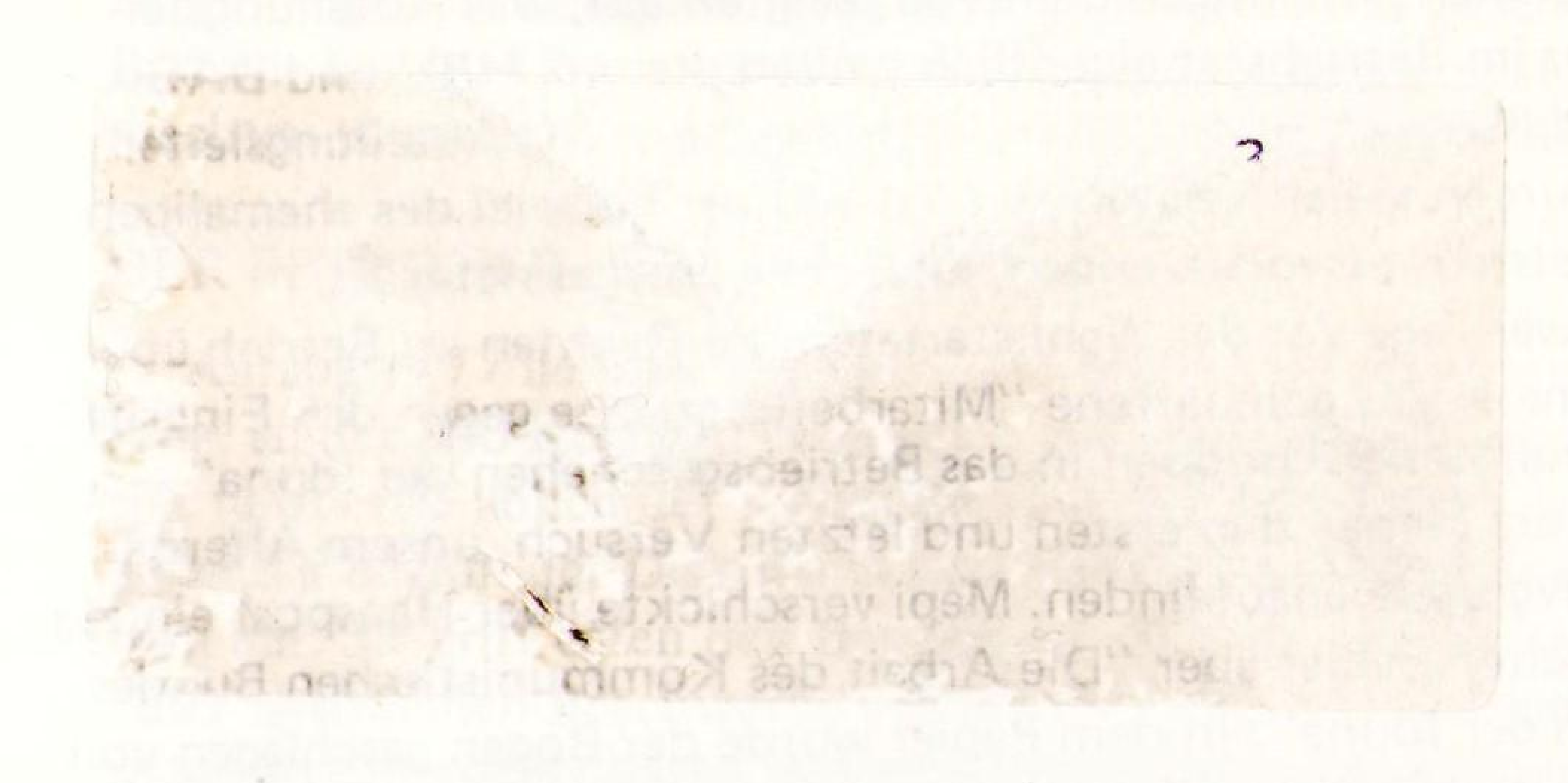
(aus einer Pressenotiz von medico international vom 23.12.77)

Kontaktadresse: medico international
6 Frankfurt, Homburger Landstr. 455, Tel. 0611/ 54 10 91

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag 217

EINIGE GEDANKEN ZUM THEMA "CHRISTIANIA UND WIR HIER"

CHRISTIANIA 9. Feb. 78 Nun ist also die höchstrichterliche Entscheidung gefallen: das dänische Parlament muß einen Beschluß über die Zukunft des Freistaates fällen. Das bedeutet nicht automatisch, daß Christiania geräumt werden wird, um da mal einem Mißverständnis vorzubeugen, denn parlamentarische Entscheidungen fallen aufgrund von Mehrheiten.

In der Sache Christianias ist es ähnlich wie in vielen anderen. z.B. Atomkraft und Terrorgesetze, die Fraktionen der Parteien (der Rechten) sind nicht 100%ig vereinheitlicht.

Die größten Teile der (rechten) Sozialdemokraten stehen auf der "sanften Linie" gegenüber CA, sie befürchten einfach (zu Recht). daß, wenn CA geräumt wird, das "Regenbogenvolk" noch größeren Zulauf bekommen könnte, und da bald Kommunalwahlen in Kopenhagen und anderswo sind, würde sie das etliches kosten. Mit anderen Worten, den Reaktionären fehlen einfach die Worte, Argumente haben sie eh keine, alles, was sie herausbekommen, ist: "Säubert das Gelände sofort".

Demgegenüber steht eine stetig wachsende Zahl fortschrittlicher Wissenschaftler, Sozialarbeiter, Nachbarn und vor allem auch die Solidarität der ausländischen Freunde, z.B. kam ein Brief der "Fredonier", geschrieben vom Außenminister des Freistaates in London, einer Gemeinschaft von ca. 300 Leuten, die bei der UNO die Anerkennung als Autonomer Staat beantragt haben, an dem Ministerpräsident Dänemarks.

Da wurde z.B. voriges Jahr im Herbst in Göteborg eine "Unio Freier Gemeinschaften" gegründet, in der sich Freistaaten und andere örtliche Gemeinschaften des "Neuen Zeitalters" zusammenschließen wollen, um gemeinsam der möglichen Unterdrückung durch Regierungen, die sie nicht anerkennen, zu trotzen.

Es sollen "Internationale Freundschaftshäuser" errichtet werden, möglich, daß das erste in Christiania entsteht.

Nochmal zurück zur bevorstehenden Kommunalwahl in Kopenhagen: ein "Wahlverbund" wird/ist gebildet, in dem sich viele Gruppen beteiligen: Ökofeminister (Frauen), Bössekämpen (Männer), Börnemagt (Kindermacht, Jugendliche), Ökologen, Stadtplaner, Freistaaten (CA) ... Was daraus erreicht wird, läßt sich nicht allein am Wahlergebnis ablesen, es geht auch darum, der Bevölkerung Eindrücke zu vermitteln, die einfach "anders" sind, als die der etablierten Parteien. In ganz Skandinavien knüpfen die Freien Gemeinschaften an historische Erfahrungen, an Traditionen der Selbstbestimmung und Gewaltfreiheit an, so ist es dort z.B. möglich, eigene Schulen und Kirchen zu bilden, Kooperativen einzurichten usw.

Natürlich werden diese Einrichtungen wie z.B. das Sommerlager der "Neuen Gesellschaft" (det Ny Samfund in Thy-Nordlyset) von den örtlichen Behörden oftmals bekämpft, doch ist in der Gesamtheit ein deutlicher Aufwärtstrend zu beobachten. Was wir vor allem lernen können, ist, nicht locker zu lassen in den Bestrebungen, Einrichtungen aufzubauen, Gemeinschaften zu bilden, die sich gegenseitig stützen und im kontinuierlichen Kontakt mit der sie umgebenden bürgerlichen Welt das "Volk" zur Selbstbestimmung animieren.

"Animation der Basis" bedeutet auch, jetzt nicht massenhaft als Touristen der Scene nach Kopenhagen zu fahren, son sondern eher in den Jugenzentren, bei Meetings und in örtlichen, kleinen Papers die jeweils lokal anstehenden Fragen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Plakatmaterial zum Schmücken von Versammlungsräumen kann bei Stöt Christiania, Dronningensgade 14, DK-1420 Kopenhagen, bestellt werden; wär gut, wenn ihr dabei einen Brief an "Anker Jörgensen, Ministerpräsident von Dänemark" beizulegen, in dem Argumente zur Beibehaltung des "sozialen Experiments Christiania" dargelegt werden und in dem das Parlament Dänemarks aufgefordert wird, Christiania weiterleben zu lassen. Im vierteljährlich erscheinenden "Newsletter on Community Action in Europe" wird unter anderem auch über CA berichtet. Bestellung bei

Schupo c/o, Community Action Europe-Info BRD, Frankfurter Straße 10, D-6100 Darmstadt

GEFANGENE AUS DER RAF IM HUNGERSTREIK

MAASTRICH 14. Februar Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gerd Schneider befinden sich seit dem 1. Februar in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen die drohende Auslieferung an die BRD und gegen die vernichtenden Folgen der Haft. Ihre Forderungen lauten:

- in ein Land ihrer Wahl ausgeflogen zu werden und bis dahin
- sofortige Aufhebung der Isolation und täglicher Umschluß der drei Gefangenen der RAF
- Aufhebung des Besuchsverbots
- Zulassung sämtlicher von ihnen gewünschten Literatur
- Hofgang mit allen Gefangenen